

Gescheint
an allen Verkäufen.
Bezugspreis

monatlich 20.—
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 180.—
durch Zeitungshändler 170.—
am Postamt 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2275,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigepreis
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 35.— M.
im Resteuteil 90.— M.

Für Anfragen aus
Deutschland 3.50 M.
im Resteuteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czecowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Entwertung der deutschen Mark.

Die Abwärtsbewegung, die die polnische Mark die abschließige Bahn schon fast bis zum Ende hat durchlaufen lassen, hat sich nun auch der deutschen Mark bemächtigt. Die geistige Produktionsleistung der deutschen Wirtschaft, die doch täglich noch Hunderte von Millionenwerten schafft, wird nirgends mehr so gewertet, daß sie auch nur den Sturz des Wechselkurses verzögern könnte. Stärker als alle produktiven Kräfte ist der Druck, den die Gewaltlast des Ultimatums ausübt. Ohnmächtig steht die deutsche Wirtschaft diesen Zuständen gegenüber, weil das Maß dessen, was man ihr auferlegt, nicht wirtschaftlich gewogen wurde, sondern aus politischer Gewalt heraus verhängt wurde. Selbst der reichste Wirtschaftstaat der Welt vermöchte nicht die Goldmilliarden auf die Dauer an fremde Wirtschaften gegenwertlos abzustoßen, die man der verarmten deutschen Wirtschaft abverlangt.

Der größte Leidtragende ist das deutsche Volk. Noch sind einige Vorräte der Rohstoffe und Lebensmittel im Lande, die bei günstigerem Stand der Wirtschaft nach Deutschland geholt worden sind. Noch mögen in den letzten Monaten wichtige Räume zur Aufrechterhaltung der deutschen Industrieswirtschaft getätigter worden sein. Aber wenn der Dollar auf 127 steht, so ist es kaum noch möglich, wenn die Vorräte aufgebraucht sind, diese ausreichend wieder zu ergänzen. Würde die Mark sich nicht wieder erholen, so stände man bald in die Zustände des valutahungrigen Österreich, das schon lange nicht mehr imstande ist, wichtige Auslandsgüter in sein Land zu holen. Eine solche Verarmung der deutschen Wirtschaft müßte unbedingt zu den verheerendsten Folgen führen.

Aber kein geringerer als der englische Minister Churchill hat in diesen Tagen wieder in einer großen Rede die Rechteseite der Medaille der Welt gezeigt. Mit nüchternem Objektivität legt er dar, wie die unnatürliche Gegenfähigkeit der Währungen den Welthandel stört und vernichtet. Wie das valutastärkste Amerika die größte, und das valutaaarme Deutschland die geringste Zahl der Arbeitslosen aufzuweisen hat. Welche verheerenden Rückwirkungen die versinkende Kaufkraft der Millionenkonsumenten umfassenden Schuldenstaaten auf dem Weltmarkt und insbesondere auf die hochwertigen Valutaänder ausüben muß. Der liberale englische Minister verlangt deshalb, daß die internationalen Verpflichtungen und Schuldenlasten, die aus dem Kriege entstanden sind, auf praktische Dimensionen, d. h. einen erträglichen Umsang zurückgeführt werden. England sei bereit, alle Schulden zu streichen, die es gegenüber europäischen Nationen geltend zu machen habe, wenn die Vereinigten Staaten andererseits einen Streit durch die geringere Schuld machen, die England dort aufgenommen hat. Das Heilmittel liege in einem wirtschaftlichen verhältnismäßigen Ausgleich und nicht in einer Überspannung der Ansprüche, deren Fortdauer die Weltkrise verewigen und verschärfen müßte.

Tatsächlich sollte auch denjenigen, die aus politischen Motiven Deutschland gegenüber handelten, der Niedergang der Mark zum Bewußtsein bringen, wie wirtschaftlich töricht das Verharren auf dem Schuldenschein der Verpflichtungen ist. Wenn der Dollar 127 Mark kostet, wird Deutschland keine Goldmilliarden mehr an Devisen erwerben können. Jede Zahlungsmöglichkeit wird für Deutschland bei einem solchen Wechselkurse aufhören und auch die Fähigkeit, Sachleistungen aufzubringen, muß aufs äußerste durch einen solchen Kurzstand gefährdet und unmöglich gemacht werden. Man sollte deshalb meinen, daß die Markkatastrophe als Folge des Ultimatums Deutschlands Gläubiger ebenso wie alle übrigen am Welthandel interessierten Wirtschaftsländer verlassen sollte, den Vorschlag Churchills auf Einberufung einer Versammlungskonferenz schleunigt zu verwirken.

Und das deutsche Volk? Steht es diesen Dingen einsichtslos und uninteressiert gegenüber? Wäre es der Fall, so würde das deutsche Volk blind einem trostlosen Schicksal entgegenstauen. Zurzeit sind die politischen Gedanken in Deutschland darauf gerichtet, eine neue Regierung auf breiterer Basis zu bilden. Die Röilage sollte die stärkste Triebkraft dahin ausüben, die politische Schicksalsfrage Deutschlands nicht nach engerherigen Parteianschauungen zu behandeln. Die große Not ist eine gemeinsame Not. Deshalb sollte es nur ein Ziel und ein Wollen geben: Die Zusammenfassung aller politischen Energien in Deutschland, die Ausschaltung aller überflüssigen Partei- und Klassengegenseitigkeiten, die Herstellung eines möglichst starken Einheitswillens im deutschen Volke, fähig, im Innern die größten Leistungen und nach außen den deutlich stärksten politischen Willen auszubringen.

Die City über den Marksturz.

Der Londoner Korrespondent von "Politiken" hatte Gelegenheit, drei der ersten Finanzmänner der City über den Rückgang der deutschen Mark und im Zusammenhang damit über die allgemeine Handelslage zu befragen. Einer der Bankdirektoren sagte u. a.:

"Wenn England und die Vereinigten Staaten die Kriegsfolgen ihrer Schuldenstaaten aufzehren würden, würde das natürlich den Markkurs beeinflussen. Andernfalls muß die Entwicklung nochwendigerweise zu Deutschlands Bankrott führen, und zwar schon in naher Zukunft, falls die Alliierten nicht heftig eingreifen. — Der Chef einer Bank, die besonders viel mit Deutschland arbeitet, erklärte u. a.: 'Deutschland ist nicht imstande, zu bezahlen, was die Alliierten verlangen. Die Entente muß endlich einsehen, was unseren englischen Finanzkreisen schon sehr lange klar geworden ist. Die Deutschen arbeiten unter den jetzigen Verhältnissen wie Sklaven. Was nützt es, wenn sie produzieren, solange sie gezwungen werden, das ganze Ertragnis ihrer Arbeit an die Alliierten abzuliefern? Allein die Exportabgabe von 26 v. H. muß den Handel mit Deutschland in Wirklichkeit unmöglich machen, zum mindesten mußte diese Abgabe aufgehoben werden. Um Deutschland Gelegenheit zu geben, seine Schulden abzuzahlen. Was nützt es zu verlangen, daß der Vogel fliegen soll, wenn man ihm gleichzeitig die Flügel beschneidet.'

Über die letzte Einschätzung des Völkerbundes erhält der Vertreter der C. E. von Litauen der beiden Parteien eine Reihe von Auskünften. B. Geduld, der Vertreter der politischen sozialistischen Partei Litauens und Weißrusslands, erklärte: "Der vom Völkerbund angenommene und empfohlene Entwurf ist absolut unannehmbar. Er steht vor allem im Widerspruch mit dem Grundzweck der Aktion des Volkswillens. Bei einer Entscheidung über das Los des Landes muß vor allem die Bevölkerung um ihren Willen befragt werden. Dies ist der entscheidende Punkt, der uns zu entschiedenem Widerspruch gegenüber der Entscheidung des Völkerbundsrates veranlaßt. Was den Inhalt des Entwurfs anbetrifft, so ist dieser geradezu unlogisch. Der Entwurf spricht von einer Autonomie, die uns Kowno-Litauen erreichen soll. Mit dem gleichen Recht können wir dem Kowno Gebiet die Autonomie erreichen. Die nächste Aufgabe der Wilnaer Bedrohung in der gegenwärtigen Lage besteht darin die Bevölkerung zum Schutz der ihr zukommenden Rechte zu organisieren. Der Entwurf des Völkerbundsrates werden wir uns nicht beugen. In den Arbeitermassen ist die Stimmung entschlossen und einheitlich. Sogar die weniger Ausgeklauten erklären, daß sie die Fabriken schließen und die Bäderstadt gegen die litauische Bevölkerung verteidigen würden. Die Lage ist sehr ernst und organisatorische Arbeit heut unumgänglich notwendig. Im Angesicht der schwierigen Lage Polens ist von der Seite keine Hilfe zu erwarten. Wir müssen alle eigene Kräfte organisieren. Die wichtigste Aufgabe ist die Einberufung des Sejms, der das endgültige Urteil über das Los des Landes aussprechen wird. Die Einberufung des Sejms muß so schnell wie möglich erfolgen. Die Stimmung der jüdischen Arbeiterkreise neigt immer mehr Polen zu. Die Ursachen, die einmal den Zusammenschluß Litauens mit Polen bewirkt haben, sind auch heute ausschlaggebend."

Der Präsident des nationalen Volksverbandes in Wilna, Herr Raczkowski gab folgende Erklärung ab: "Das Wilnaer Gebiet, wo das der Streit geht, ist unzweifelhaft polnisch. Von hundert Bewohnern des Gebiets — wenn man das sogenannte Mittellitauen als Ganzes nimmt — sind höchstens 18 v. H. Litauer. Hieraus ergibt sich die klare Antwort, wie die Lösung des Streites im Namen der Gerechtigkeit aussaufen sollte. Diese Gebiete müßte ohne jeden Vorbehalt Polen eingeräumt werden. Was den humanitären Entwurf anbelangt, so ist dieser absolut nicht zur Annahme geeignet. Der erste wie der zweite Entwurf übergebt das Wilnaer Gebiet an Litauen und nicht an Polen. Der zweite Entwurf ist tatsächlich schlechter als der erste. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Einberufung einer entscheidenden Versammlung dringend notwendig. Sowie diese Versammlung zusammentritt und — so hoffe ich — eine große Mehrheit sich für Polen ausspricht wird dies vor aller Welt einen schlagenden Beweis darstellen, der unsere zweifelosen Rechte auf das Wilnaer Gebiet bestätigt."

Litauens auswärtige Politik.

Wilna, 5. Oktober. (E. E.) In Verbindung mit dem Beschluss des Kownoer Sejms, der den zweiten humanitären Entwurf zurückweist, fanden in Kowno veritable Bezeichnungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien statt. Dabei wurde die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß die Zukunft Litauens sich nur auf das innigste einvernehmen mit den Deutschen und zugleich auf die Verständigung mit Russland und England stützen dürfe. Mit Rücksicht darauf, dürfen Litauen dem Beitritt Polens zum baltischen Bunde gar nicht zustimmen, da die genannten Mächte einem solchen Bündnis gegenüber sich ablehnend verhalten würden.

Die litauischen Sozialdemokraten versichern es bei besser augenblicklich sogar auf Wilna zu verzichten, als ein Vereinommen mit Polen zu treffen. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Unterstellung des litauischen Militärs unter polnische Führung und eine gemeinsame europäische Politik besonders mit Rücksicht auf die Verstärkung des politisch-zuflüchtigen Konflikts für Litauen sehr wichtige Folgen haben würde. Die Mehrheit der christlichen Demokratie sieht auf denselben Boden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß ein politisches Hinausziehen der Abstimmung am meisten angezeigt sei, da mit mir ist vor der Entente nicht zu sehr droht.

Der dritte Sachverständige, der Leiter der Londoner Filiale eines der größten amerikanischen Bankhäuser, sagte u. a.: "Wenn die Alliierten nicht ihre unmöglich Kriegsentzündungsfordernisse gestellt hätten, glaube ich bestimmt, daß die deutsche Poluna normal sein würde. Indessen muß bald der Zeitpunkt kommen, wo die Alliierten die Summe als ganzphantastisch ansehen werden. Ich glaube nicht an einen deutschen Panzerott, dazu sind die Deutschen zu sehr Geschäftsmenschen. Die ganze Valutapulation mit deutschem Gelde hätte längst verboten werden müssen. Sehr wenig Amerikaner haben ihr Geld in Deutschland angelegt, dagegen weiß ich, daß eine große englische Gesellschaft dieser Tage eine große Fabrik übernommen hat, um den niedrigen Arbeitslohn und den deutschen Fleiß auszunutzen, zwei Dinge, zu denen die übrige Welt allzu langsam zurückkehrt."

Die nächste Zahlung.

Am 18. November ist die neue deutsche Goldzahlung fällig. Es handelt sich dabei um die 26-prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr, die am 25. November für die Zeit vom Mai bis einschließlich Juli d. J. zu entrichten ist. Es ist noch nicht bekannt, wie hoch die Entente die Summe berechnet. Der "Matin" sieht dieser ersten Zahlung besondere Bedeutung bei, weil man daraus ungefähr erschließen kann, wieviel dieser Teil der deutschen Entschädigungszahlung in Zukunft befragen werde. Wenn die Entente bei ihrer Politik bleibt, so wird dem "Matin" die schönste Rechnung nicht viel helfen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie.

Mitten in eine für die deutsche Wirtschaft außerordentlich wichtige Zeit hat der Reichsverband der deutschen Industrie die öffentliche Mitglieder nach München einberufen. Der Wiederaufbau, die Goldentlastung, der Zusammenbruch der Devisen stellen die deutsche Wirtschaft vor so schwierige Probleme, daß die Stimme der Organisation der deutschen Industrie in erster Linie Gehör verlangen kann.

Alle diese Fragen hat der Vorsitzende Dr. Sorge in seiner Eröffnungsansprache angeschnitten; er hat offen ausgeprochen, daß die zwingende Forderung besteht, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Er

Oberschlesien.

Nochmals der Plan eines Freistaats.

Gera, 5. Oktober. (Tel.-U.) In der Behandlung der oberschlesischen Frage scheint infolge ein neues Moment eingetreten zu sein, als man in bestimmten englischen Kreisen neuerdings auf eine Beschleunigung der Entscheidung drängt. Von dem Völkerbundsekretär nahestehender Seite verlautet, daß starke Neigung bestünde, die Pläne des englischen Majors Ottley, welcher sich wie erinnerlich seinerzeit als Sachverständiger in Oberschlesien aufgehalten und erst auf Betreiben des Generals Verdon seinen Posten verlassen hatte, erneut zur Diskussion zu stellen. Ottley hatte seinerzeit die Errichtung eines freistaatlichen Oberschlesiens propagiert, und die Einführung einer besonderen Währung verlangt, zu deren Sicherung und Deckung er die Sachwerte der oberschlesischen Montanindustrie verwendet wissen wollte. Man will von englischer Seite auf diese ursprünglichen Pläne deshalb zurückgreifen, um sie endgültig als ein Provisorium zu verwenden, bis die endgültige Entscheidung über Oberschlesien gefasst sein wird, deren Termin infolge der französischen Haltungskritik immer noch nicht als bestimmbar angesehen werden kann.

Zeichen für eine neue Abstimmung.

Oppeln, 5. Oktober. (Tel.-U.) Die Verlegung der interalliierten Kommission, die bereits in polnischen Blättern angekündigt wurde, soll tatsächlich bevorstehen. Französische Offiziere der interalliierten Kommission haben sich dahin geäußert, daß die Verlegung in aller nächster Zeit bewirkt werde und zwar nach Gleiwitz. Man rechnet noch mit einem Aufenthalt von 8 Monaten in Oberschlesien. Wenn dies zutrifft, so folgt man die Möglichkeit einer bevorstehenden in schmalen Abstimmung in einzelnen Bezirken des besetzten Landesteiles.

Hultschin für den Anschluß an Deutschland.

Berlin, 5. Oktober. (PAT) Die deutsche Abteilung der Verbündung der Hultschiner Oberleute sandte an den Völkerbundrat eine Bitte um Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung des Hultschiner Gebietes, das ohne Abstimmung der Tschechoslowakei zugelebt wurde. Die Abteilung bittet den Völkerbundrat, er möge mit Rücksicht darauf, daß die Entscheidung in der oberschlesischen Angelegenheit auch eine Entscheidung über das Hultschiner Gebiet sein müsse, das in historischer und idealer Hinsicht mit Oberschlesien eng verbunden ist, die Wünsche der Bevölkerung des Hultschiner Gebietes anhören, die in der vor kurzem selbständig durchgeführten Abstimmung sich mit 93 v. H. für die Angleichung an Deutschland erklärt habe. Die Bitte sagt weiter, daß die Wags des Hultschiner Gebietes unter der Regierung der Tschechoslowakei befreit sei. Alle deutschen Schulen sind geschlossen worden. Die Tschechoslowakei hat keine Achtung vor den Rechten der nationalen Minderheiten. Die politischen Verfolgungen hören nicht auf. Hunderte von alteingesessenen deutschen Familien sind ausgewiesen worden. Die Bevölkerung des Hultschiner Gebietes bittet den Völkerbundrat, eine internationale Kommission abzuordnen, um die politischen Verhältnisse und die Stimmung der Bevölkerung, die zu Deutschland gehören will, zu prüfen.

Brüssel und Lloyd George verhandeln persönlich.

Paris, 5. Oktober. (PAT) Wie verlautet, soll, sobald der Völkerbundrat seine Meinung in der oberschlesischen Frage dem Obersten Rat vorgelegt hat, eine Zusammenkunft zwischen Brüssel und Lloyd George stattfinden, die der Besprechung der oberschlesischen Angelegenheit gewidmet sein soll.

Verstörung eines deutschen Kriegerdenkmals.

Beuthen, 5. Oktober. (PAT) Aus Pleß wird gemeldet: Am Montag ist von unbekannten Verbrennern das deutsche Kriegerdenkmal in die Luft gesprengt worden. Die Explosionsgewalt war so stark, daß sogar die benachbarten Häuser beschädigt wurden.

Die Grüne der Reichsregierung überbrachte der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau, der dabei neue Mitteilungen über den Stand seiner Verhandlungen mit Loucheur machte, allerdings das, was man bisher wußte, nur unerheblich ergänzte. Er kündigte an, daß er noch einmal mit Loucheur zusammenkommen müsse und daß es sich im ganzen um Leistungen in Höhe von sieben Milliarden im Laufe von vier Jahren handele. Der Minister gab sich dabei auch alle Mühe, das böse Wort auszutadiieren, das er einmal im Reichstag sprach: 'Wir können nicht, wenn wir wollen!' Er hat es eine Legende genannt, er habe nur darauf hinweisen wollen, daß Deutschland den guten Willen zur Zahlung nachweisen müßte.'

Von den andern Rednern, die während der Tagung des Reichsverbandes herdrohten, ist der Reichskommissar für den Wiederaufbau von Breslau zu erwähnen, der über den Fortschritt des Wiederaufbaus der durch den Krieg zerstörten Landesteile sprach und die Notwendigkeit der äußersten Steigerung der deutschen Ausfuhr und der Erhöhung des Weltmarktes betonte. Bei der Erhöhung der Lieferungen für die Sachleistungen müsse scharfe und unparteiische Kontrolle stattfinden. Von Reparationsgewinnen durfte unter keinen Umständen die Rede sein. Über die Ziele aller dieser Probleme sind sich die maßgebenden Stellen einig, über die Wege zu diesen Zielen haben sich Dr. Rathenau und Dr. Riepert eingehend ausgetauscht. Unbedingt notwendig ist die Schaffung von Klarheit der Bahnen, auf denen an die Lösung der Probleme herangegangen werden soll.

Nach weiteren Erörterungen sah der Reichsverband der deutschen Industrie folgende Entschließung:

"Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt sich grundlegend bereit, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistungen für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen werden nach Möglichkeit in freier Vereinbarung durch die bestehenden Fach- und Landesverbände, soweit sie sich Geschäftsfähigkeit besiegeln, sonst durch Verteilung auf die geschlossenen Unterverbände und einzelnen Werke aufzuteilen.

Soweit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse eines einzelnen Industriezweiges die Bildung von Leistungsverbänden nach Maßgabe der Verordnung vom 22. Juli 1921 notwendig werden sollte, wird sie freiwillig erfolgen müssen und die Anerkennung

seitens der Regierung nur abhängig zu machen sein von der Aufnahme von Bestimmungen über die in der Verordnung vorgesehenen Pflichten der Leistungsverbände, hauptsächlich über die Gewährleistung und Verteilung.

Auch da, wo man eine zwangsläufige Bildung von Leistungsverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistung für den Wiederaufbau und die Gewährleistung und Verteilung zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesondere sozialpolitischen Bestimmungen zu belasten.

Die Stellungnahme im einzelnen muss sich der Reichsverband vorbehalten, bis bestimmte Organisationsvorschläge der Regierung vorliegen.

Wachsende Erkenntnis.

Der "Tag" weist in einem bemerkenswerten Artikel darauf hin, dass die Erkenntnis des Wahnsinns der Versailler Verträge in den Ententestaaten allmählich sich auszudehnen beginnt.

Der neue katastrophale Sturz der Mark, der drohende Bankrott ganz Mitteleuropas, die Hungersnot in Rußland, sowie die Bohenkämpfe und die ungeheure Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern der Erde scheinen auch den "Siegerstaaten" allmählich die Augen darüber zu öffnen, dass das bisherige, durch widerfinnige Friedensverträge errichtete Gebäude der Stolze in seinen Grundfesten zu wanken beginnt. Alle sonstigen Interessen treten nach und nach vor die Übung des großen internationalen Finanzproblems in den Hintergrund.

So hat jetzt in Washington eine von Hoover zusammenverfasste Konferenz von amerikanischen Industriellen und Mitgliedern der Gewerkschaften gezeigt, auf der die anlässlich der industriellen Krise zu treffenden Maßnahmen besprochen wurden. In der Eröffnungsrede erklärte Präsident Harding, dass die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 5 Millionen betrage und kennzeichnete diesen Umstand als einen Teil der allgemeinen Wirtschaftskrise. Auch beweist er, dass die Entschädigung der Arbeitslosen kein wirksames Mittel zur dauernden Verbesserung ihrer Lage wäre.

Der Krieg brüllt, um den eben nicht herumgegangen werden kann, ist das unter den Folgen des Krieges alle Beteiligten zu leiden haben und das, falls die ganze Last auf die besiegteten Länder gelegt wird, diese auch schließlich die Sieger in den Abgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruches reißen müssen. Diese Dinge werden jetzt auch besonders von englischer Seite einer genauen Prüfung unterzogen, nachdem die Berechtigung der Warnungen des Professors Leibniz jetzt durch die Ereignisse schlagend bewiesen und Churchill's jüngster Rede auch wieder gewürdigt worden sind.

Um das Burgenland.

Nene Verhandlungen.

Oesterreich, 5. Oktober. (E. E.) In den Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, die in den nächsten Tagen in Wien stattfinden sollen, wird nach der Einigung Della Torettas den Vermittler spielen. Von österreichischer Seite wird an den Verhandlungen der Kanzler Schöber teilnehmen. Die Note der Verbandsmächte, die Ungarn auf die genannte Konferenz einlädt, hat in diesen politischen Kreisen eine sehr günstige Stimmung hervorgerufen, die aber von jedem Optimismus noch weit entfernt ist. Die Einzelheiten der von den Verbundstaaten gemachten Vorschläge sind noch nicht bekannt. Aus maßgebenden Quellen wird berichtet, dass an den Verhandlungen in Wien auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien teilnehmen würden.

Der italienische Gesandte in Prag erklärte in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des "Prager Tagesschaffens", dass die Vermittlungsalton Italiens im österreichisch-ungarischen Streit schon am 15. September, während des Besuchs Della Torettas in Wien, angeregt worden sei. Die Vermittlung der tschechischen Regierung ist späteren Datums. Die italienische Regierung wird an der Vermittlungsalton im Einvernehmen mit der großen und kleinen Entente teilnehmen.

Oesterreichs Standpunkt.

Wien, 5. Oktober. (PAT) Die "Politische Korrespondenz" veröffentlicht eine halbamtlische Mitteilung der österreichischen Regierung, welche bestätigt, dass die österreichische Regierung das Protokoll in der Angelegenheit der Rückgabe Westungarns nicht eher unterzeichnen wird, bis diese Gebiete von den Auffändischen geräumt sind.

Für Habsburg:

Wien, 5. Oktober. (E. E.) Es sind Gerüchte im Umlauf, dass die ungarischen Monarchisten eine lebhafte, ausgedehnte Tätigkeit entwickeln, um die Habsburger wieder auf den Thron zu bringen und die auf Grund des Friedensvertrages verlorenen Provinzen zurückzuholen. Die Rücksicht des ehemaligen Kaisers Karl auf den ungarischen Thron wird angeblich um die Mittel des Monats erwartet. Hauptquartier der Monarchisten soll Szegeden sein. Diese aus österreichischen Quellen stammende Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(21. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Er stand auf und ging leise zu ihr. Sie schlug die Augen auf. Groß, fremd, verträumt sahen ihn diese tiefen, verschleierten Augen an. Wie aus einer anderen Welt.

Dann schien sie sich plötzlich zu besinnen und sprang auf. Ernst, um Gotteswillen! Wie ist's mit Lies?"

Sie hatte ihn bei den Schultern gefasst, und in ihren Augen stand eine große, heiße Angst.

Er legte weich den Arm um sie.

"Angstige Dich nicht, Kind. Nun ist alles glücklich vorüber. Ein großer, starker Junge von neun Pfund. Wir müssten ihn schließlich in der Narke holen."

"Und Lies lebt?"

Sie stieß es fast leuchtend hervor.

"Ja. Und mit Gottes Hilfe werden wir sie auch durchbringen."

Sie sah an ihm vorbei ins Leere. Dann senkte sie tief den Kopf.

"Ernst, ist das immer so? Immer solch Kampf auf Tod und Leben?"

"Nicht immer, Kind, aber oft."

Ihre weißen Finger öffneten und schlossen sich langsam, als umkrallten sie etwas.

Wie traumverloren murmelte sie: "Dann sind alle Mütter Heldeninnen."

"Wußtest Du das noch nicht, Gisela?"

Er wollte sie an sich ziehen, - weich, liebevoll. -

Da flammt es jäh auf in ihren Augen. Brüll, wie in angstvoller Abwehr stieß sie ihn von sich.

Ihre Zähne waren fest zusammengepreßt. Sie sah nicht die Bitte in seinen Augen, die heiße, flehende. Die Bitte dieses ernsten, abgearbeiteten Mannes, um ein einzig - o, nur ein einziger lieber Brüderlein, nur um einen warmen Blut.

Sie ließ ihn stehen und ging an ihm vorüber ins Schlafzimmer. Auf der Schwelle blieb sie noch einmal stehen und sah sich um.

Sejm.

Sitzung vom 4. Oktober.

Warschau, 5. Oktober. (PAT) Den Hauptpunkt der Tagesordnung der Sejmssitzung vom 4. Oktober bildete das

Finanzprogramm des neuen Finanzministers.

In längerer Rede gab Herr Michalski eine Charakteristik der bisherigen Finanzwirtschaft des Staates und der gegenwärtigen Finanzlage und sein Programm der Sanierung der Finanzen. Er wies auf die verderblichen Folgen der bisherigen Methode der Deckung der Staatsausgaben durch Emission von Banknoten hin. Infolge dieser Methode wird das Defizit des Staates am Ende des Jahres wahrscheinlich ungefähr 180 Milliarden Mark betragen. Folgende Mittel müssen angewandt werden, damit eine Besserung der Finanzlage des Staates herbeigeführt wird: Hebung der Landesproduktion, Sparanstrengung und Vermeidung aller nicht unbedingt nötigen Ausgaben, Aufsuchung neuer Quellen zur Füllung der Staatslasse. Der Minister schlägt unter anderem eine Verminderung der Beamtenzahl vor: auf 80 Millionen Einwohner sollen 430 000 Beamte kommen. Ferner sollen diejenigen staatlichen Unternehmungen und Anlagen, die mit Schulden arbeiten, verpachtet werden, die Zahl der Ministerien und Ämter soll vermindert werden, eine Reihe ausländischer Vertretungen soll aufgelöst werden und beim Kriegsministerium soll ein Unterstaatssekretariat für wirtschaftliche Angelegenheiten geschaffen werden.

Zum Zweck der stärkeren Füllung der Staatslasse schlägt der Minister die Einführung einer allgemeinen einmaligen Nationalabgabe unter der Bezeichnung "Einmalige Nationalabgabe" (Jednorazowa opłata narodowa) vor. Diese Abgabe soll noch vor Ablauf des Jahres eingezogen werden. Gleichzeitig soll die Zwangsanleihe abgeschafft werden, ebenso fast alle direkten Steuern. (???)

Als Grundlage für die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen erachtet der Minister die Stabilisierung der polnischen Valuta. Der Minister hofft, dass Ende dieses Jahres die Banknotenpreisse ihre Tätigkeit einstellen wird. Die Gründung einer Emissionsbank unter Mitarbeit des ausländischen Kapitals ist in Aussicht genommen.

Was das ausländische Kapital betrifft, so muss es freilich nach Ansicht des Herrn Ministers nicht als Herr, sondern als Diener ins Land kommen. Der Minister ist durchaus Anhänger der freien Wirtschaft, die er als Grundprinzip der Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Besserung der Finanzverhältnisse ansieht.

An der Besserung der Finanzverhältnisse müssen ferner nach Ansicht des Finanzministers alle Kreise der Bevölkerung, alle Behörden und der Sejm mitarbeiten. Von dem Sejm erwartet der Minister Billigung seines Programms. Er hebt hervor, dass er nicht im Namen irgendeiner Partei spreche, sondern lediglich als polnischer Minister, für den Polen als Ganzes in Betracht kommt, und dass er in enger Verbindung mit der Bevölkerung zu arbeiten gedenke. Dieses Zusammenspielen des Finanzministers mit der Bevölkerung soll durch Gründung des Finanzrates und des Wirtschaftsrates erreicht werden. In diese neugegründeten Institutionen sollen nicht Beamten berufen werden, sondern Männer, die auf den in Betracht kommenden Gebieten praktische und theoretische Erfahrung besitzen.

Am Ende seiner Rede sagte der Minister, dass zur Vermeidung einer Katastrophe eine starke Faust nötig wäre, die das Feuer löschen könnte, ein eiserne Faust zum Wegsegen dessen, was weggefegt werden müsste, und ein unbegrenzter Wille zu sofortiger planmäßiger und erfolgreicher Arbeit.

Nach der Rede des Finanzministers behandelte der Abgeordnete Wołodkiewicz die Erhöhung der Garantien des polnischen Staatsschatzes, die Nachzahlung der Verpflichtungen, die sich ergeben aus den von der polnischen Staatsbank herausgegebenen Kommunalobligationen und das Gesetz über die Bevollmächtigung des Finanzministers, in der polnischen Staatsbank eine Anleihe von 120 Milliarden und 1 Million polnischer Mark aufzunehmen. Der Redner weist auf die Notwendigkeit der Organisation eines langfristigen Kredits im Staate hin, auf den Einfluss der verschiedenen staatlichen Kreditinstitute, auf eine enge Umgrenzung ihres Tätigkeitsfeldes, auf den Grenzbüro und auf die Organisation einer Grenzwacht. Beide Gesetze wurden ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf sprach der Abgeordnete Wierzbicki im Namen des Finanz- und Haushaltsausschusses über die Durchführung des Art. 10 der polnischen Verfassung. Der Redner bemerkte, dass auf die Letzte Auflösung des Finanzministers hin der Finanzausschuss schon mit der Tat antworten kann. Artikel 10 der Verfassung lautet, dass Anträge und Gesetzentwürfe, die Ausgaben aus dem Staatsschatz nach sich ziehen, die Art und Weise ihrer Deckung anzuführen müssen. Gegenwärtig handelt es sich darum,

dass dieser Artikel in Kraft tritt. Der Finanz- und Haushaltsausschuss beschäftigte sich mit der Angelegenheit aus Anlass des Gesetzes über die Unterstützung von Meliorationsunternehmungen. Der Finanzausschuss erkannte die Bedeutung dieses Gesetzes und nahm es an; zugleich nahm der Finanzausschuss einen Antrag an, der besagt, dass das Gesetz dann in Kraft treten wird, wenn Ausgaben und Einnahmen das Gleichgewicht erreicht haben werden. Dies soll nicht nur für dieses Gesetz, sondern für alle anderen Gesetze vorsehen werden. Der Finanzausschuss beantragte auch, dass jeder Antrag und Gesetzentwurf, der den Staatshaushalt belässt, von dem Finanz- und Haushaltsausschuss geprüft sein möge, ob er in Übereinstimmung mit dem Artikel 10 der Verfassung steht, und wenn der Antrag nicht zugleich die Art der Deckung angibt, soll er dem Antragsteller zurückgestellt werden. Die Kammer nahm einstimmig den Antrag an.

Dann wurde in die Lesung des Berichts des Marincauswusses, des Finanz- und des Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf der Hypothekenbelastung der polnischen Handelsfirma, in ausländischer Valuta eingetragen. Der Rechtsberater, M. Kottermund, bemerkte, dass die Kommission im Grunde genommen den Entwurf des Abgeordneten Tracisz mit wenigen Abänderungen angenommen habe. Das Gesetz bevollmächtigt die Regierung, polnischen und juristischen Personen Erlaubnis zur hypothekaren Belastung der ihnen gehörenden Handelsfirma in ausländischer Valuta zu geben. Diese Verpflichtungen dürfen nicht länger als auf 15 Jahre eingegangen werden und unterliegen keiner Zwangsumrechnung in polnische Valuta. Das Gesetz wird nächst Sitzung, Freitag, den 4. November, nochmals gelesen.

Zu der Programmrede des neuen Finanzministers schreibt der "Gaz. Por": "Die Herren Englich, Starvinski und Wilczek operierten nämlich mit großen Zahlen, und ihre Programmreden waren trotzdem rechtsgenau. Des ersten Auftreten des Herrn Wladyslaw Grabki war gekennzeichnet durch starke Gläubiger an die Zukunft und die Kräfte des Volkes. Auch Grabki überzeugte seine Zuhörer mit großen Zahlen, die einen Bestandteil einer günstigen Lösung der wirtschaftlichen Krise.

Minister Michalski sprach zu dem Sejm so, wie vor zwei Jahren Grabki während der Debatte über die Landwirtschaftsreform sprach. Laut und bestimmt, aber mit weiser Müdigkeit, war er keine Säge in den Aufhören. Der Sejm, der an starke Worte gewöhnt ist, ließ sich vom Minister beeinflussen, der wirklich überzeugende Töne fand. Er arbeitete nicht mit trockenen Zahlen, entwarf aber Pläne und sprach Wünschen aus.

Für den Sejm waren das keine neuen Dinge. Jeder Minister, und besonders die zwei letzten, sprach von denselben Problemen und von denselben Werten. Wenn zwischen Herrn Michalski und seinen Vorgängern ein Unterschied bestand, so ist es mehr ein Unterschied der Form. Er führte die bekannten Dinge in etwas veränderten Gestalt vor und ließ viel Raum für Kombinationen.

Das Haus nahm Herrn Michalski's Rede im allgemeinen wohlwollend auf. Es erwartet jetzt die Erfüllung der Versprechungen. Mit Freude und Genugtuung begrüßten wir den letzten Absatz der Rede des Herrn Michalski, in dem er energische und rücksichtslose Durchführung seiner Absichten ankündigt. Mag die "eiserne Faust" auch zeitweise sich als hart und unerbittlich erwischen, sie wird ein wahrer Segen sein, wenn sie die Versprechungen in Taten verwandeln wird."

Lettlands Handelsbeziehungen.

Riga, 5. Oktober. (PAT) Das Ministerkabinett hat einen Entwurf bearbeitet, der die Errichtung eines Auslandsbüros vor sieht, dessen Aufgabe es sein wird, für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zum Ausland zu sorgen. Zur Bedienung des Auslands handels wird die lettische Regierung Handelsverträge mit England, Italien und Frankreich abschließen.

Vereinigte Staaten.

Hafenarbeiteraufstand in New York.

New York, 5. Oktober. (Tel.-L.) 5500 Angehörige des Hafens von New York sind in den Ausland getreten, weil sie die neuen Bedingungen der Schiffsgefangenschaft nicht annehmen wollen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages.

Paris, 5. Oktober. Nach einer Präsentation der "Chicago Tribune" aus Washington wird der Senat die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 14. Oktober wahrscheinlich ratifizieren. Man nimmt an, dass die Opposition nicht imstande sein wird, die notwendigen 38 Stimmen aufzubringen, um die Ablehnung der Friedensverträge herbeizuführen. Nach den weitestgehenden Schätzungen werden höchstens 25 Stimmen gegen die Ratifikation der Beitragsabrechnung abgegeben werden.

die Ihr Knut gestern mitgebracht. Als sie dann aussah, hatte Ernst plötzlich auf der Schwelle gestanden. Da war sie erschrocken gewesen über sein Gesicht, in dem ein so großer Harm geschrieben stand. Sie hatte ihn ängstlich angesehen.

Ernst, um Gottes willen, fehlt Dir etwas?

Da hatte er sich neben sie gesetzt. Vielleicht, Lies. Aber - und er war sich mit der Hand über die Stirn gefahren, und jetzt leuchtete etwas auf in seinen Augen, - aber, ich muss mein Wort zurücknehmen von damals. Es ist doch schön, Arzt zu sein, Lies. Wir hatten vor fünf Wochen nicht gedacht, dass wir Dich durchbringen würden. Es stand schlimm um Dich. Aber nun haben wir doch gesiegt -

Seine Brust hob sich. Es lag wie ein großer Stolz in seinen Augen, als er auf Mutter und Kind sah. Ihr kam es fast vor, als wäre auch ein wenig Neid darin. Aber sie mochte sich wohl täuschen.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Der dritte Band von Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen" ist im Verlage von Cotta nunmehr erschienen. Die erste Auflage in Höhe von 200 000 Exemplaren ist bereits verbraucht. Ein Neudruck, der im November zur Ausgabe gelangen soll, befindet sich unter der Presse. Über die Erziehungsgeschichte dieses Bandes geben die "Hamburger Nachrichten" auf Grund archivarischer Studien in Friedrichsruh Auskunft: Das Jahr 1860 ist der dritte Band ein Fragment. Mitten in dem Kapitel Borgars seit 1861 ist meistens der gewesen, dass beim Druck der Versuch gemacht wurde, durch Fragen den Kanzler zum Erzählen zu bringen. Bücher stenographiert dabei mit, und ihm erreichbaren Briefen ausgewählt und beim dritten Band aus der behandelten Zeit stammende Niederlassungen und zur Kontrolle der Beiträge dienen sollten. Aus den Erzählungen sind dem Fürsten bequeme Arbeitsweise fand ihr vorgezogen Ende durch den Tod des Kanzlers im Herbst 1862. Bis dahin waren die ersten beiden Bände im Konzept fertiggestellt. Der dritte war noch unvollendet. Da für Bücher ein vollwertiger Erfolg nicht beschafft war, ist es bei dem Fragment geblieben. Zur Durchführung des Unvollendeten ist es nicht gekommen, sondern nur noch zur Überprüfung des bereits Geleisteten.

Pressehimmen zu de Valeras Antwort.

London, 5. Oktober. Die Blätter geben ihrer Bestreitung darüber Ausdruck, daß de Valera den Konferenzvorschlag Lloyd Georges angenommen hat.

"Daily Telegraph" schreibt, der Weg sei jetzt für Verhandlungen frei. "Daily News" sagen, die Lage habe, daß die Konferenz stattfinden, beweise, daß beide Parteien ernstlich Frieden wollen. "Times" hoffen, daß die Delegierten auf der Konferenz sich gleich mit den Kernfragen befassen und nicht auf weitläufiges Argumentieren einlassen werden. "Daily Chronicle" sagt: Men dürfen nicht glauben, daß alle Schwierigkeiten überwunden seien. Unter keinen Umständen könne die Regierung bezüglich der meistlichen Bedingung nachgeben, daß Irland im Verbande des britischen Reiches bleibe müsse.

"Morning Post" schreibt ironisch: Der Mann von ausländischer Herkunft, der sich Präsident der irischen Republik nennt, hat sich bereit erklärt, auf einer Konferenz mit dem britischen Premierminister zusammenzutreffen. In solche schmachvolle Lage ist England gebracht worden durch die Gemeinschaft der Parteien, die als Koalition bekannt ist.

Die irischen Bevölkerungsgruppen auf der Londoner Konferenz werden sein: Außenminister des Sinnfein-Kabinets Griffith, Finanzminister Collins, Wirtschaftsminister Barton sowie Duggan und Duff. Die britischen Delegierten werden wahrscheinlich sein: Lloyd George, Birkenhead, Greenwood, Watkinson, Evans, Churchill und Short.

Sowjetrußland.

Gefahr für die Sowjets.

London, 5. Oktober. (PAT) Maxim Gorki sprach in einer Ansprache mit dem Mitarbeiter der "Daily News" die Überzeugung aus, daß das Sowjet-System, das mit Sicherheit unauslöschlichen Einfluß auf das Arbeiterleben der ganzen Welt hinterlassen wird, in dem Augenblick aus Russland verschwindet, wo es von einer sozialistischen und demokratischen Republik vertreten wird.

Rücktritt Brüssellos.

Hannover, 5. Oktober. (PAT) Aus Moskau wird berichtet, daß General Brüssellos zweifelhaft zurückgetreten ist. Er bleibt jedoch bei Sowjet-Regierung zur Verfügung.

Rußland und Rumänien.

Bukarest, 5. Oktober. (PAT) Bei der Besprechung der Gruppe über angebliche Vorbereitungen zu einem Überfall auf Sowjetrußland von Seiten Rumäniens schreibt der rumänische Journalist Dimitriescu: Rumänien denkt nicht an einen Überfall Russlands, andererseits kann es auf die Drohungen einer Regierung, die ihren Staat in eine solche Lage gebracht hat, nur mit Lachen antworten. In einer Zeit, wo die ganze Welt sich vorbereitet, Brot für die Hungenden in Russland abzusenden, tritt die Sowjetregierung unter dem Vorwand einer angeblichen Kriegsaktion von Seiten des Nachbarn mit Drohungen hervor.

Deutschland und die Hilfsaktion.

London, 5. Oktober. (PAT) "Daily Telegraph" teilt mit, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, die Einladung zur internationalen Konferenz in der Hilfsangelegenheit für die hungrige Bevölkerung Russlands anzunehmen. Diese Konferenz wird am Donnerstag in Brüssel eröffnet werden. Die Zeitung fügt hinzu, daß das Annehmen dieser Einladung ein sehr fluger Schritt Deutschlands sei, der einen sehr guten Eindruck bei allen, die guten Willens sind, hervorruft wird. Zusammen mit den Vertretern, die von den Regierungen bestimmt worden sind, und mit den Summen, die private Organisationen gesammelt haben, stehen schon so bedeutende Fonds zur Verfügung, daß kein Hindernis mehr dafür vorhanden ist, daß Dr. Nansen seine Rettungsaktion beginnt.

Kellnerstreit in Berlin.

Die Gastwirtsangestellten Berlins begannen am Sonnabend einen Ausstand, der sich gegenwärtig auf fast 9.000 sämtlicher Betriebe ausgedehnt hat. Besonders im Zentrum Berlins waren die Inhaber der Weinläden, Bierlokale und der Speisewirtschaften gezwungen, ihre Betriebe zu schließen. In den Außenbezirken, besonders aber im Westen, haben sich die Kellner dagegen bereit erklärt, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten, und es wurden im Laufe des Tages Abkommen zwischen beiden Parteien getroffen. Nach Angabe der Gehilfenorganisationen haben am letzten Sonnabend 110 größere oder kleinere Gastwirtschaften die Forderungen des Verbandes bewilligt und sich entsprechend dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses mit ihren Angestellten geeinigt. Das Kaufmännische Personal hat sich dem Ausstand der übrigen Angestellten bisher nicht angeschlossen, sondern versucht seinen Dienst nach wie vor. Zu heftigen Auseinandersetzungen ist es im Hotel "Tiergartenhof" gekommen, wo die erregten Streikenden Fenster scheiben zertrümmert und einige Türen beschädigt haben. Auch zwischen den Organisationen der Gastrichterhilfen ist es zu Auseinandersetzungen gekommen, die in einigen Fällen in Handgreiflichkeiten ausarteten.

Ganz besonders macht sich der Streik auf den Bahnhöfen bemerkbar, wo die Wirtschaften ihren Betrieb einstellen müssen. Die zuständigen Behörden wollen, da ein längerer Streik in den Hotels zu schweren Schädigungen des Handels führen müßte, baldmöglichst eine Vermittlungskommission in die Wege leiten. So hat das Reichswirtschaftsministerium Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu Montag zu einer unverbindlichen Vorbesprechung eingeladen. Wie man hört, sind die Gastrichterhilfen bereit, an dieser Verhandlung sich zu beteiligen.

Berlin, 5. Oktober. Auch Sonntag und Montag hatten sämtliche größeren Betriebe geschlossen, während andere sich auf Selbstbedienung oder Heranziehung von Verwandten beschränkten. In verschiedenen Häusern gab es arbeitswillige Kellner, die im Laufe des Abends zu einem Stein des Anstoßes wurden. In verschiedenen Lokalen kam es zu stürmischen Demonstrationen der Streikenden, gegen die die Polizei einzuschreiten muhte.

Berlin, 5. Oktober. Der Kellnerstreit dehnt sich immer mehr aus. Auch die Hotelbediensteten haben sich der Ausstandsbewegung angeschlossen.

Erlöste Folgen des Ausstandes.

Berlin, 5. Oktober. (PAT) Der Streik in den Berliner Restaurants und Hotels hat einen so hohen Umtauf angenommen, daß die Bevölkerung Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Trotzdem die Polizei die Ordnung aufrecht erhält, kam es schon in vielen Restaurants zu ernsten Ausschreitungen.

Deutsches Reich.

** Herzog Wilhelm von Württemberg, der ehemalige König, ist auf seinem Schloß Bebenhausen am Sonntag vormittag um 11 Uhr 15 Min. im Alter von 73 Jahren gestorben. Die Beerdigung findet in der Grunckavelle auf dem Württemberg statt.

** Der neue Gesandte in Prag. Die Ernennung des bisherigen höchsten Gesandten in Berlin, Dr. Koch, zum deutschen Gesandten in Prag ist nunmehr erfolgt. Dr. Koch wird, nachdem die tschechoslowakische Regierung das Amt erneut erweitert hat, voraussichtlich am 15. Oktober seinen neuen Posten besetzen. Er wird als Nachfolger Professor Saenger & der als Gesandtschaftsräte unter sehr schwierigen Umständen die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei aufgenommen und in sehr auerwundenswerter Weise gefördert hat, der erste deutsche Gesandte in Prag sei.

** Der Postkonsul soll demnächst so erhöht werden, daß er das Sechsjahre des Konsulats vertragen soll.

Freistaat Danzig.

* Auslösung der Oberpostdirektion. Anlässlich der Aussöhnung der Abwicklungsstelle der deutschen Oberpostdirektion im Freistaat Danzig stand eine Feier statt, in der der Leiter der Danziger Postverwaltung die scheidenden deutschen Beamten verabschiedete und betonte, daß die Danziger Post die alten Traditionen der deutschen Post bewahren und alles versuchen werde, um die Danziger Verhältnisse auf der alten Höhe zu erhalten.

Rechtsbruch.

Als Beispiel dafür, in welcher Weise ein polnischer Staatsbürgер deutscher Nationalität mit Hilfe der polnischen Behörde um seine wohlerworbenen Rechte gebracht wird, mögen folgende Angaben dienen, für deren Richtigkeit wir uns verbürgen:

Seit nunmehr 24 Jahren ist der Amtsrat S. Pächter der Gemeindejagd B. im Kreis O. Es ist eine der wenigen noch rein deutschen Gemeinden der ehemaligen Provinz Posen. Der Jagdpachtvertrag läuft noch bis zum 31. März 1926, und noch am 25. September 1921 hat der Amtsrat S. mit dem zuständigen Jagdpächter, dem Gemeindevorsteher R. von B. unter Mitwirkung der dortigen Gemeindevertreter ein Abkommen getroffen, durch welches das Weiterbestehen seines Jagdvertrages bis 31. 3. 1926 ausdrücklich anerkannt ist.

Eine Mitte September 1921 erschien in B., wo sich der Amtsrat S. damals zur Jagd aufhielt, der polnische Großgrundbesitzer Graf L. aus B. in einem Kraftwagen und fragte, ob die Gemeindejagd dennoch pachtfrei werde, da er beabsichtige, diese Jagd zu pachten. Es wurde dem Grafen L. erwidert, daß der Jagdpachtvertrag noch bis zum 31. März 1926 laufe und eine vorzeitige Abgabe der Jagd nicht beachtet sei. Mit diesem Belehrung fuhr Graf L. wieder fort. Er hat sich aber trotz dieses Bescheides nach Kräften bemüht, dem Amtsrat S. die Jagd abzunehmen, und fand dazu der Hilfe des zuständigen Kreisfleißräters S. in O. bedient, wie die nachfolgenden Vorgänge zeigen werden. Einige Tage darauf erschien, ebenfalls im Auto des Grafen L., der Kreisfleißrät S. des Kreises O. bei dem Gemeindevorsteher in B. und suchte diesen zu bewegen, den Pachtvertrag mit dem Amtsrat S. vorzeitig zu kündigen und die Jagd an den Grafen L. bzw.

dessen Schwager, den Grafen S. aus B. zu verpachten, der einen sehr hohen Pacht Preis zahlen werde. Der Kreisfleißrät erklärte damals, „er komme als Vertreter des Herrn Starosten“, der Gemeindevorsteher sollte ihm in nur die Neuverpachtung der Jagd übergeben, er werde auch den Prozeß mit Amtsrat S. führen und für alle Kosten einstecken. Übrigens habe Amtsrat S. ja schon für Deutschland optiert, und dadurch sei der Pachtvertrag mit ihm ohne weiteres aufgelöst worden, weil er als Deutscher keine Jagd in Polen haben dürfe.“

Nebenbei sei bemerkt, daß Amtsrat S. bisher nicht für Deutschland optiert hat und dieses auch vorläufig nicht beabsichtigt. Amtsrat S. ist also polnischer Staatsbürgert.

Der Gemeindevorsteher lehnte das Angebot des Kreisfleißräters zunächst ab und wies darauf hin, daß ja der Pachtvertrag mit Amtsrat S. noch bis 31. März 1926 Gültigkeit habe. In den nächsten Tagen erschienen wiederum die Grafen L. und S. in Begleitung des Kreisfleißräters in B. beim Gemeindevorsteher und suchten diesen immer wieder zu bewegen, dem Amtsrat S. die Jagd abzunehmen und ihnen zu verpachten. Der Kreisfleißrät erklärte dabei ausdrücklich, „der Herr Starost bestehe darauf, daß die Jagd ihm abgenommen und an den Grafen L. bzw. S. verpachtet werde. Übrigens habe er sich in Cz., dem jetzigen Wohnort des Amtsrat S., erkundigt und festgestellt, daß dieser in der Tat bereits für Deutschland optiert habe und werde dem Gemeindevorsteher die Verfügung des Herrn Wojewoden vorlegen, aus welcher hervorgehe, daß deshalb der Pachtvertrag gelöst sei, was er übrigens bisher nicht getan hat.“

Die Gemeinde mußte die Jagd an den Grafen L. bzw. S. verpachten. Ich kann der Gemeinde sehr viel nützen, aber noch viel mehr schaden wenn sie sich weigert diese Verpachtung vorzunehmen.“ Zugleich wurde dem Gemeindevorsteher ein polnischer Jagdpachtvertrag vom Kreisfleißrät fertig ausgefüllt zur Unterschrift vorbereitet und durch die Drohungen des Kreisfleißräters eingeschüchtert, setzte der Gemeindevorsteher dann auch seine Unterschrift unter diesen Pachtvertrag, durch welchen die Gemeindejagd B. für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 20. September 1927 an Herrn Grafen S. in B. verpachtet wurde. Der Vertrag wurde dann sofort durch den Kreisfleißrät i. B. des Herrn Starosten mit dem Genehmigungsvermerk versehen. Außerdem erklärte der Kreisfleißrät dem Gemeindevorsteher nochmals, „er habe durch Rückfrage in Cz. festgestellt, daß Amtsrat S. in der Tat für Deutschland optiert habe und werde dem Gemeindevorsteher die Verfügung des Herrn Wojewoden vorlegen, aus welcher hervorgehe, daß deshalb der Pachtvertrag gelöst sei, was er übrigens bisher nicht getan hat.“

Amtsrat S. erhielt von dieser widerrechtlichen Verpachtung erst dadurch Nachricht, daß am 30. September 1921 nachmittags Graf S. und Graf L. in B. erschienen und er am 1. Oktober 1921 den Grafen bei Ausübung der Jagd in B. antraf. Der von Amtsrat S. zur Hand gestellte Gemeindevorsteher erklärte in Gegenwart von Zeugen ausdrücklich, daß er nur durch die fortwährenden Drohungen des Kreisfleißräters gezwungen seine Unterschrift abgegeben habe, und er bereue, daß er sich dazu habe bewegen lassen.

Als Amtsrat S. den Grafen S. am 1. Oktober 1921 auf seiner Jagd antraf, zeigte dieser ihm zu seiner Legitimation den neuen Pachtvertrag. Um nun die Angelegenheit wenn irgend möglich in friedlicher Weise zu erledigen, machte Amtsrat S. dem Grafen S. den Vorschlag, die Jagd vorläufig ruhen zu lassen, bis eine Entscheidung ergangen sei, ob die Neuverpachtung der Jagd an ihn zulässig und rechtswirksam sei. Auf diesen Vorschlag ging Graf S. auch sofort bereitwillig ein, schrieb aber noch am selben Tage, daß er der rechtmäßige Jagdpächter sei und dem Amtsrat S. die weitere Ausübung der Jagd vertriebe. Am 1. Oktober nachmittags fuhren dann die Grafen S. und L. mit dem Auto nach O. zum Kreisfleißrät und nahmen dorthin auch den Gemeindevorsteher mit. In O. versuchte der Kreisfleißrät den Gemeindevorsteher zu bewegen, ein Schriftstück des Inhalts zu unterzeichnen, daß Amtsrat S. die Wildschadensansprüche nicht rechtzeitig befriedigt hätte und deshalb die Kündigung seines Jagdpachtvertrages erfolgt sei. Der Gemeindevorsteher lehnte jedoch die Unterschrift eines solchen Schriftstückes ab und erklärte wohlgesäugt, daß Amtsrat S. alle Wildschadensansprüche beglichen bzw. mit den Geschädigten sich geeinigt habe. Nebenbei sei bemerkt, daß Amtsrat S. in diesem Jahre bisher ca. 50.000 M. für Wildschäden bezahlt hat.

Graf S. und seine Jagdgäste überzogen nunmehr seit dem 3. Oktober 1921 weiter die Jagd in B. aus, ohne daß es dem Amtsrat S. vorläufig möglich ist, diese Schädigung seiner Jagd zu hindern. Amtsrat S. hat nun den Ertrag einer einfließenden Verfügung beantragt, durch welche dem Grafen S. die weitere Ausübung der Jagd in B. verboten wird und Beschwerde gegen den Kreisfleißrät beim zuständigen Kreisausschuß und beim Herrn Wojewoden erhoben. Das Ergebnis dieser Schritte bleibt abzuwarten.

Das Urteil über das Verhalten der Grafen L. und S. und des Kreisfleißräters, der als „Vertreter des Herrn Starosten“ sich so sehr um die Neuverpachtung der Jagd bemühte, überlassen wir dem geneigten Leser.

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. Oktober.

Imkers Not.

Man schreibt der "Deutsch. Rundschau" in Bromberg: Wie im vorigen Jahre, so geht auch in diesem — leider wieder vergebens — ein Rotschrei der Interessen des ehemals preußischen Gebietes an die Regierung um Belieferung von Buder zu Winterfütterung, der in früherer Zeit immer rechtzeitig zugetreten wurde.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Imker mit Erfolg nur betrieben werden kann, wenn die Bienen im Spätsommer, kurz vor dem ersten Honigentnahmestrich, mit einer genügenden Budermenge, etwa 10–12 Pfund pro Volk, als Winternahrung eingeüttet werden. Diese Fütterung muß Ende September oder spätestens Anfang Oktober beendet sein, da andernfalls Ruhrkrankheit und Absterben die Folge sind. Im vorigen Jahre wurde der Biene zuerst — 5 Pfund auf das Volk — erst Ende Oktober geliefert. Dieser verspäteten Fütterung sind Tausende von Bienen zum Opfer gefallen. Der ungünstige Sommer, der alles verdorren ließ, brachte wenig Schwärme, so daß es keinen Ertrag für den Herbst gab. Obgleich die Imker den Buder bereits im Juli vorausbezahlt haben, ist bis jetzt, wo die Herbstfütterung fast beendet sein müßte, noch nichts geliefert worden und auch noch keine Aussicht, daß er bald geliefert werden wird.

Wo bleiben da die schönen Versprechungen der "Wielkopolska Izbina Rolnicza" (Landwirtschaftskammer), die mit allen Mitteln die Bienenzucht unterstützen wollte, weil sie weiß, wie sehr die Bienen zur Befruchtung der Obstblüte beitragen?

Wenn man uns Buder geben will, weshalb gibt man ihm und nicht zur rechten Zeit, solange er den Bienen etwas nützt, sondern erst dann, wenn ein großer Teil derjelben tot ist? Viele Imker haben angefangen, die Honigträge, die seit vielen Jahren nicht so gering waren, wie in diesem, den Bienen zurückzufüttern. Der Hunger geht also der menschlichen Ernährung verloren.

Gibt es an berufener Stelle niemanden, der auf den bedeutenden wissenschaftlichen Schaden hinweist, der durch Vernachlässigung der Imker entsteht?

Der Leiter des Amtes zur Bekämpfung des Buchers und der Säugetiere bittet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: "In der Nr. des "Dziennik Bygospod" vom 4. Oktober 1921 befindet sich eine Notiz unter dem Titel: "Geheimnisvolles Verschwinden von Millionen in dem Amt zur Bekämpfung des Buchers und der Säugetiere in Bromberg". Die Beiträge dieses Amtes teilt mit, daß in der betreffenden Amtszeit keine Millionen verschwunden sind, und auch der Leiter des betreffenden Amtes nicht zur Disposition gestellt ist."

Gemeindebehälterinnen-Lehrgang. Es wird an dieser Stelle noch einmal auf den Anfang November beginnenden Lehrgang zur Ausbildung von Gemeindebehälterinnen hingewiesen. Viele unserer Gemeinden sind ohne Pfarrer, in anderen liegen die Ortschaften so zerstreut, daß der Pfarrer sich um alle Anliegen seiner Gemeindeglieder nicht kümmern kann und dringend einer Hilfe bedarf. Diesem Bedarf will der Landesverband der Frauenhilfe abhelfen, indem er in längerem Lehrgang junge Mädchen der einzelnen Gemeinden theoretisch und praktisch ausbildet. Der Kursus beginnt Anfang November. Den Herren Geistlichen und Gemeindegliedern wird er warm ans Herz gelegt. Wir müssen uns Mitarbeiterinnen schulen, um unseren Gemeinden in der rechten Weise dienen zu können und die Gemeindeglieder müssen lernen, zu solchen Dienst willig zu werden. Anmeldungen zu diesem Kursus werden umgehend an den Landesverband der Frauenhilfe in Posen, Aleje Marcinkowskiego 26 II, erbeten.

* Konitz, 4. Oktober. Nach Unterschlagung amtlicher Gelder plötzlich geworden ist, nach dem "Kon. Tagbl.", der Zahlmeister Krull vom Verpflegungsamt in Stargard, früher beim Verpflegungsamt in Konitz. Da er über die Verhältnisse lebte, wurde die Schuldenlast ins Ungeheuer, so daß Krull die Rettung nur in der Flucht sah. Dabei vergaß er nicht 60.000 M., die als Teuerungszulage an die Bevölkerung gezahlt werden sollten. Auch in Konitz trauern einige Gläubiger ihrem Schuldner nach. Krull soll sich nach Danzig gewandt haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Getreidebörsen (Gieldy Zbożowej) in Posen vom 5. Oktober 1921.

(Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—*)	Odermennig	—*)
Flitterupinen	—*)	Vilkortnischen	—*)
Saatlupinen	—*)	Halberden	—*)
Weizen	15.000—16.000	Raignas	—*)
Roggen	9.000	Internatfee	—*)
Wimmergerste	3.500—9.000	Witterlüben geit.	—*)
Hafer	—*)	Zudern	—*)
Weizenmehl 70%	21.000—22.000	Kunek . . .	

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. Oktober.

Sitzung des Kreisbauernvereins Posen.

Der Kreisbauernverein Posen hielt Dienstag mittag von 12 Uhr ab unter der Leitung seines Vorsitzenden, Landrats a. D. von Treskow-Owinst im Evangelischen Vereinshause eine gut besuchte Sitzung ab.

Der Vorsitzende gab zunächst Kenntnis von einem Schreiben des Hauptvereins der Deutschen Bauernvereine in der Angelegenheit der Getreideablieferung für die unbedeckte Bevölkerung. Hierauf stimmte der Hauptverein der Lieferung von Roggen bis zu 10 Pf. vom Morgen angebauter Brotgetreidesfläche zu. Weiter wurden die Frage des Spirituspreises, der bisherigen Nichtlieferung von Mais zu Futterzwecken und der Kohlenbeschaffung nach der Aufhebung der Prengewichtschaft gestreift und auf die Wichtigkeit der Verteilung der deutschen Landwirte an den demokratischen Wahlgängen hingewiesen. Die Frage der Arbeiterlöhne ist bisher noch nicht entschieden, wird aber am heutigen Mittwoch dem Schiedsgericht vorliegen. Der Aufnahme zweier neuen Mitglieder in den Kreisbauernverein stimmte man widersprüchlich zu.

Nachdem noch der Geschäftsführer Dr. Wagner auf die ausgestellten, die Wichtigkeit der Städtischung für den Zuckerrübenbau beleuchtenden farbigen Tafeln hingewiesen und Frhr. von Massenbach-König verschiedene erläuternde Angaben betreffs des Standes der landwirtschaftlichen Arbeiterlohnfrage gemacht hatte, ging man zu dem Hauptgegenstande der Tagesordnung, dem Vortrage über.

Bergangeneit, Gegenwart und Zukunft des Zuckerrübenbaues über. Hierzu nahm der Rittergutsbesitzer Conze-Conzenau als erster Redner das Wort. Er wies zunächst auf die ersten Versuche des Chemikers Marckgraf aus dem Jahre 1750 hin, aus den Nüßen den Zucker zu gewinnen, Versuche, die dann 35 Jahre später von einem Schüler Marckgrafs wieder aufgenommen wurden. Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts fabrizierte man in Frankreich 200 000 Ztr. Zucker. Der Kühner schilderte dann kurz das Verfahren zur Gewinnung des Zuckers aus den Nüssen, das sog. Smalionsverfahren und erörterte auch das Schnellrohrungsverfahren. Die Industrie entwickelte sich in Deutschland, Frankreich, Österreich usw. so sehr, daß Europa als Absatzgebiet für den Zucker nicht mehr genügte. Nunmehr ging der Redner zu einer Schilderung des Rübenbaus und seine Verbesserung durch bewährte Zuchtmethoden über. Verhältnismäßig spät wurde der Zuckerrübenbau im Osten, etwa gegen 1880, infolge der niedrigen Getreidepreise in Angriff genommen. Die durchschnittliche Verarbeitung in den östlichen Fabriken beträgt täglich 25 000 bis 40 000 Ztr., in Culumsee sogar 60 000 Ztr. Für die Bearbeitung des Rübenbodens empfiehlt sich die Beibehaltung der normalen Tiefe beim Pflügen. Das Walzen wird oft auf schwerem Boden übertrieben. Beim Campbellbau tritt der Wurzelbrand höchst selten auf. Das schwierigste Kapitel beim Rübenbau ist die Düngung. Stickstoff wird man den Nüssen jeben, als sie vertragen können. In diesem heißen Sommer hat sich die Stickstoffdüngung im allgemeinen bezahlt gemacht, durchschnittlich hat man allerdings mit einer miserablen Rübenernte zu rechnen. Kali sollte man möglichst viel verwenden, leider ist es auch sehr teuer, ebenso sollte jeder, der es könnte, die Kalkung anwenden. Zur Bearbeitung der Rüben bedarf man der Vermehrung der Maschinenerarbeit. Im allgemeinen verwendet man eine Reihenentfernung von 15 bis 16 Zoll. Für das Roden und Räppen der Rüben fehlt es noch an einer geeigneten Maschine. Im ehemals preußischen Teilgebiet bestehen 25 Zuckerfabriken, auf denen Erträge der jungen Staatspolen nicht verzeichnet kann.

Als zweiter Redner beleuchtete Direktor Dr. Schander-Gostyn die wirtschaftlichen Fragen des Zuckerrübenbaus. Vor zwei Jahren gründeten die Fabriken eine Beschaffungsstelle für Materialien. Die Schwierigkeiten der Fabriken sind durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse erheblich gewachsen, zunächst hinsichtlich der Kohlenbeschaffung, dann hinsichtlich der Beschaffung von Öl und Süßgas. Der Jutesstoff kommt von England und ist natürlich sehr teuer. Das Wichtigste ist die Materialbeschaffung hinsichtlich der Maschinen. Für bestimmte Reserveteile ist man auf Deutschland angewiesen; neue Maschinen zu beschaffen ist man eigentlich völlig außerstande. Erfahrbar und die Betriebsunfälle unangemessen steigern sind die Bölle für Eisen-Maschinenteile. Die Betriebsunfälle betragen bei der Gostynier Fabrik 1913/14 auf den Ztr. 40 Pf., 1920 40 M., die Gehälter und Löhne 10 Pf. 1920: 18 M. Das beweist deutlich die heutigen Schwierigkeiten der Zuckerrübenindustrie. Hinzu kommen die Schwierigkeiten mit den Arbeitern. Die tägliche Arbeitszeit muss oft auf Anordnung der Staatsen herabgesetzt werden, um Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. In den meisten Ortschaften sind die Arbeitslöhne in den Zuckerfabriken höher als die ortssüblichen Arbeitslöhne. In

diesem Jahre kostet ferner der Ztr. Zuckerrüben Samen schon 50 000 M. Unter solchen Umständen kann man einen Rückschluss auf den künftigen Zuckerpriis machen. Man hat einschl. der Steuer bei einem Rübenpreis von 1500 M. für den Ztr. auf einen Preis des Ztr. Zucker ab Fabrik von 28 000 M. zu rechnen, so daß sich ein Pfund Zucker auf rd. 300 M. stellen wird. Die Aussichten der Posener Zuckerrübenindustrie stehen gegenwärtig auf recht wackligen Füßen. Die Leistungsfähigkeit der Posener Zuckerrübenindustrie ist abhängig von der Möglichkeit der Maschinenbeschaffung.

An die beiden mit Beifall aufgenommenen Vorträge schloß sich eine kurze Aussprache, in der man sich hauptsächlich mit der Frage des Zuckerrübenpreises beschäftigte.

Zum Schluß erörterte man auf Anregung des Rittergutsbesitzers von Treskow-Radojewo die Frage der Mitgliederbeiträge, sowie die Angelegenheit der Umsatzsteuer bezüglich der Anrechnung der Deputate. Zum Schluß rückte noch Ansiedler Rieinecke-Schleben an die Anwesenden die Bitte, sich, wie es in so manchen anderen Kreisen bereits geschieht, zusammenzufüßen, und sich die Kartoffelversorgung der Stadtwohner angelegen sein zu lassen, ein Vorschlag, der in der Versammlung lebhafte Biderhand fand. Darauf wurde die Sitzung nach 2½ stündiger Dauer geschlossen.

hb.

Brennholz für die unbemittelte Bevölkerung und die Schulen. Das Ministrum des ehemals preußischen Teigebiets hat eine Verordnung erlassen, auf Grund deren die bedürftige Bevölkerung sowie die Schulen billigeres Brennholz erhalten sollen, und zwar die Familie oder Gemeinde je 2—3 Raummeter. Zu den in Betracht kommenden Personen werden gezählt: 1. Rentenempfänger, 2. Kriegsveteranen mit nicht mehr als 50 v. h. Erwerbsfähigkeit, 3. Witwen von Kriegsgefallenen, 4. Einernen und Witwen von solchen und 5. Arme, die von Gemeinde oder anderen Armenverbänden unterhalten werden. Der Preis für das dteuen Bedürftigen zu liefernde Holz beträgt für das Raummeter: Klovenholz 150 M., Röllenholtz 125 M., Stubbenholz 70 M. und Kiepapelholz 11—33 M. für Hartholtz (Eiche, Weiß- und Rotbuche, Birke und Erle) erhöht sich der Preis um 30 v. h. Zu diesen Preisen kommen die tatsächlichen Werbekosten des angegebenen Holzes. Der Preis für das den Schulen zu liefernde Holz darf auf Grund des Art. 3 Abs. 1 der eingangs erwähnten Verordnung bei Weichholz nicht überschreiten: 300 M. für 1 Meter Klovenholz, 250 M. für 1 Meter Röllenholtz und 150 M. für 1 Meter Stubbenholz. Bei Hartholtz erhöht sich der Preis um 30 v. h. Zu diesen Preisen treten die wirklichen Werbekosten hinzu.

Betäubungsmittel in Zigaretten tauchen neuerdings öfter als beliebte Vorbereitung zu Verabruungen auf. Ein solcher Fall kam am Sonnabend in einer Gastwirtschaft am Posener Platz in Bromberg vor. Dort wurde einem Herrn von einem jungen Mann eine Zigarette angeboten. Nach dem Genuss der Zigarette wurde der Herr unwohl, der junge Mann führte ihn aus dem Lokal. Draußen verlor der Herr die Besinnung. Als er wieder aufwachte, sah ihm die Brieftasche mit Inhalt im Werte von 35 000 M. Man wird deshalb gut tun, sich nicht von unbekannten Personen mit Zigaretten „traktieren“ zu lassen.

Heiterer Abend. In dem humoristischen Programm des Hildig-Edelhof-Arends am Donnerstag dieser Woche ist ein besonderer Teil den Frauen und der Liebe gewidmet. Der Abend findet im Vereinsraum statt. Vorverkauf in der Buchhandlung Wacko Götski (früher Bote u. Bock).

Wochenmarktbericht vom Mittwoch, 5. Oktober. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für Mohrsrüben 30 M., Tomaten 80 M., Zwiebeln 65 M., Kraut 50 M., das Pfund. — Auf dem Obstmarkt kosteten Birnen 50 M., Apfel 40—50 M., Pfirsiche 80 M. das Pfund. — Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Hühnchen 1000—1200 M., Enten 500—600 M., Hühner 500—700 M., Tauben 150 M. das Paar. — Auf dem Fleischwarenmarkt zahlte man für Schweinefleisch 270 M., Rindfleisch 150 M., Hammelfleisch 150 M., Kalbfleisch 150 M., Speck kostete 360 M., Wurstwaren 240 M. das Pfund.

X Spurlos verschwunden ist seit dem 20. v. Mts. aus seiner elterlichen Wohnung Wierzbiecice 39 a (früher Bitterstraße) der 15jährige Teekaw Dzikowski. Er ist 1,45 Meter groß, hat schwarze Haare, graue Augen und war bekleidet mit gelben Kleidern aus englischem Militärstoff, dunkelgrauemleinlariertem Jackett, brauner Mütze, schwarzen Schnürschuhen und ebensolchen Strümpfen.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wahl Bezirkshäusle 2 (früher Kaiserstr.).

X Diebstahl. Am 29. d. Mts. sind einer jungen Dame von einer Waschsalonette der Bank in der ul. Wjazdowa 11 (früher Am Berliner Tor) zwei goldene Ringe im Werte von 50 000 M. von denen der eine mit zwei kleinen Brillanten und einem Saphir besetzt war und die Zeitschrift "Glemir" 26. 6. 1915 hat, während der zweite an einem Reichen die Buchstaben J. M. trägt, und die sie hatte liegen lassen, gestohlen worden. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Traugutta 5 (früher Flotowstr.) wurden am Sonntag nachmittag durch einen Einbruch Bett- und Bettwäsche, gek. L. L., zwei Koffer mit Inhalt

staatlich gestempelt ist, gemacht wird, seine Bücher unterzubringen und nun gar keinen Unterhalt dadurch zu finden. Bei Dühring kam als erschwerender Umstand hinzu, daß er gegen den Widerstand der Universitätsschüler zu kämpfen hatte. Wenn es ihm trotzdem gelang, in voller Unabhängigkeit seine Stellung zu behaupten und sich Bohn zu brechen, so ist das ein Beweis für den großen Wert seiner Leistungen. Allerdings kam es ihm zu gute, daß er sich nicht auf ein Gebiet beschränkte, sondern daß er mit einer ganz seltenen Vielseitigkeit die verschiedensten Wissenschaften gleich gründlich beherrschte, die Nationalökonomie ebenso wie die Philosophie, die Mathematik ebenso wie die Naturwissenschaften. Dazu kommen die Vorzüge seiner Darstellung. Bei aller Gründlichkeit der Forschung, die den Gegenstand bis in die letzten Tiefen durchdringt, versteht er auch die schwierigsten Materien so zu behandeln, daß sie jedem Geübten verständlich sind. Kein Wunder, daß auch einzelne seiner rein wissenschaftlichen Werke in mehreren Auflagen erschienen sind; die von der Göttinger Fakultät preisgekrönte und mit Worten der höchsten Anerkennung ausgezeichnete Geschichte der Mechanik erlebte bereits die dritte, die Geschichte der Philosophie und die der Nationalökonomie sogar die vierte Auflage. Dühring hätte bei seiner Blindheit eine so umfassende schriftstellerische Tätigkeit nicht entfalten können, wenn er nicht in seiner ebenso flugen wie tüchtigen Frau und in seinem Sohne Ulrich, dem genialen Mathematiker, die treuesten Stützen gefunden hätte. Er weiz die Innigkeit seines Familienlebens, das ihn in allen Röten und Kämpfen eine sichere Ruhestätte bot, nicht genug zu rühmen.

Über Eugen Dührings Leistungen in dem Rahmen eines kurzen Artikels auch nur andeutungsweise eine Übersicht zu geben, ist unmöglich. Wer seine Schriften liest, wird finden, daß er mit dem durchdringendsten Verstande die gründlichsten Kenntnisse verbindet, daß er überall fruchtbare Anregungen gibt und weitgehende Ausblicke eröffnet. Da er auf allen Gebieten, die er behandelt, selbständiger Forcher ist und die Wissenschaft mit neuen Aufschlüssen bereichert hat, so gewinnt er auch für seine kritisch-skeptische Handhaben, um die Sprue von dem Weisen zu unterscheiden und gibt dadurch der Erkenntnis überall eine zuverlässige Grundlage.

Dühring hat schon seit Jahren in Nowawes gelebt. Hier begnügte er in den letzten Jahrzehnten neben den Neuauflagen seiner Schriften, einer Zeitschrift für aktionsfähige Geisteshaltung und gegen korrupte Wissenschaft. Diese gab ihm Gelegenheit im Anschluß an aktuelle Vorlesungen, seine Ideen weiter zu entwickeln und zugleich in eingehenden Artikeln diejenigen Punkte ausführlich zu behandeln, die bisher nur in gedrängter Fülle dargestellt waren. Eine besondere Bedeutung erhielt der Personalist noch do-

und den goldenen Buchstaben S. B., sowie Herrenkleidungsstücke im Werte von 100 000 M. gestohlen. — Am Dienstag nachmittag wurden im Hause ul. Kanalowa 4 (früher Kanalstraße) Lederstücke und zugeschüttetes Leder, ein Überzug mit den Buchstaben B. O. S. M., ein Stück Leinwand, 2500 Zigaretten und ein Kamm garnenkleid im Gesamtwerte von 55 000 M. durch Einbruch gestohlen. — Gestern abend gegen 7½ Uhr wurde von der ul. Wroclawska (früher Breslauer Straße) ein vierrädriger Wagen dessen hintere Räder grün gestrichen sind während an dem einen

Rädern eine Speiche fehlt im Werte von 25 000 M. gestohlen. — Als gestern abend ein Herr vom Haupthaus nach Wilna ging, wurde er von einem Manne angesprochen. Nachdem dieser sich entfernt hatte, vernichtete er seine Brieftasche mit 3000 M. und verschiedenen Ausweispapieren. — In der Nacht zum Dienstag wurde in einem Keller des Hauses ul. Glogowska 51 (früher Glogauer Straße) eingebrochen. Gestohlen wurden 1 Ztr. Zwiebeln, 3 Ztr. Kohlen und zwei Hühner im Gesamtwerte von 15 000 M.

* Lissa. 3. Oktober. Der Magistrat veröffentlichte eine Bekanntmachung, in der er drohte, daß er allen Personen die Brötarten entziehen werde, die auf der Straße in betrunkenem oder betrunkenen Zustand angetroffen werden.

* Rawitsch. 2. Oktober. Gestern ist der Direktor der städtischen Gasanstalt, Freyer, endgültig vom seinem Amt zurückgetreten. Es war schon im Frühjahr 1920 in den Ruhestand getreten, doch hatte die Stadt, die seine Arbeitskraft und Erfahrung zu würdigte, diese weiter bis jetzt in Anspruch genommen. Gegen 40 Jahre hindurch war es Herrn F. vergrönt, sein verantwortungsbefreites Amt an der heutigen Gasanstalt zu bekleiden.

* Inowrocław. 4. Oktober. Diefer Tage wurde bei der Station Waldow der Arbeiter Pacholska von Biale Dwór, Kreis Graudenz, von einem Güterzug überfahren und getötet.

* Bromberg. 5. Oktober. Am Montag, den 3. Oktober wurde hier das neue Opernunternehmen eröffnet, das unter den Herren Dr. Wierzbicki und Jerzy Bojanowski (beide früher in Posen) steht. Als Eröffnungsvorstellung wurde Moniuszko "Halga" gegeben. Ihr wohnten Vertreter der Posener Presse und viele Musiker bei.

Aus dem Gerichtssaal.

* Warschau. 2. Oktober. Am Sonnabend abends wurde das Urteil im Prozeß gegen den Leutnant Wereszczyski und seinen Sohn wegen Untergabe von 22 Millionen Litargeldern bekanntgegeben. Wereszczyski wurde zum Tod durch Ersticken und Kapitän Janusz zu 8 Tagen Arrest verurteilt, während die niederen Chargen freigesprochen wurden. Der Verteidiger Wereszczyski legte Berufung gegen das Urteil ein.

* Danzig. 3. Oktober. Die Schneiderin Siebrecht aus Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen schwere Diebstahl zu verantworten. Sie besuchte eine bekannte Witwe, von der sie wußte, daß sie nicht zu Haufe war. Trotzdem versuchte sie sich Gingang in die Wohnung und fand hier ein Kästchen mit Schmucksteinen. Wie die Angeklagte meinte, befürchtete sie, daß dieser Schmuck gestohlen werden könnte. Und um dies zu verhindern, nahm sie das Kästchen mit, vergaß aber, von diesem hochbetragigen Entwertungswert Mitteilung zu machen. Als die Witwe nach Hause kam, bemerkte sie, daß ihr das Schmuckstück und zwei Sparlappenbücher gestohlen waren. Von den Sparlappenbüchern will die Angeklagte aber nichts bemerkt und zu ihrer Rettung nichts unternommen haben. Die Witwe hat die Angeklagte am ersten durch eine Hausfahrt heraus. Das Gericht berücksichtigte die gemeinsame Gesinnung der Diebin und Schwindlerin und verurteilte sie zu zwei Jahren Buchthaus und drei Jahren Schwererstrafe.

Neues vom Tage.

* Die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen hat am vergangenen Sonntag ein zum Besten der hungrigen Bewohner des Wolgabietes veranstaltetes Konzert bis an sämtliche ukrainische Empfangsstellen übertragen. Der selbe Sender hat vor kurzem bei Telephonversuchen mit dem argentinischen Schiff "Bahia Blanca" die Sprache bis auf 3600 Kilometer klar und deutlich übertragen.

* Entdeckung reicher Goldfelder. "Daily Express" berichtet aus New York, daß in Santa Monica in Südkalifornien außerordentlich reiche Goldfelder von zwei Petroleumsuchern entdeckt wurden. Die Goldfelder sollen reicher sein als die vor 70 Jahren entdeckten kalifornischen Goldfelder.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ausschnitte werden unseren Lesern gegen Entsendung der Bezugsnachricht unentgeltlich und ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit dreimarkiger Beileitung.)

B. L. in Tr. Es ist selbstverständlich, daß die Zahlung nach dem Valutastande des Tages zu erfolgen hat, an dem die Zahlung wirklich erfolgte.

G. G. in M. Radzin (früher Radlau) liegt im Kreise Samter. Poststellungsvoitmarkt ist Karmierz.

durch, daß in ihm die Lösung des Fermatproblems veröffentlicht wurde. Dühring verhalf durch diese Glanzleistung der deutschen Wissenschaft zu einem unerhörten Triumph, da sich seit 200 Jahren die größten Mathematiker vergebens um die Lösung dieser Aufgabe bemüht hatten. In allen seinen Arbeiten verfolgte Dühring die höchsten und edelsten Ziele. Zu den jetzt herrschenden Ansichten geriet er vielfach in einen scharfen Gegensatz. Auch verschaffte ihm die Energie und die Entscheidlichkeit, mit der er seine Ansichten vertrat, manche Feinde. Aber er scheute den Kampf nicht. Nur war die Folge, daß er nicht die Anerkennung fand, die er verdiente. Aber seine Schriften bleiben. Der Nachwelt werden seine Ideen zugute kommen, sie wird über ihn ein gerechtes Urteil fällen.

Engelbert Humperdinck †.

Wie aus Neustrelitz gemeldet wird, ist dort am 27. September mittag Engelbert Humperdinck an den Folgen eines Schlaganfalls, verbunden mit einer Lungenentzündung, gestorben. Mit ihm scheidet einer der großen Wagner-Nachfahren aus der Phalange der schaffenden Geister. Dem Meister von Bayreuth war Humperdinck ganz ergeben, ohne ihn wären seine schöpferischen Kräfte zu keiner rechten Entfaltung gekommen. Aber, weit entfernt, ein Nachbar Wagners zu werden, kannte er recht wohl seine spezifische Begabung für das Intime, Innige, Gemütvolle, und suchte nicht das große Pathos der Wagner-Epigonen zu erzielen, das ihm nicht "lag". So bleibt er uns am liebsten werteste als Meister der musikalischen Idylle, des Märchenstücks, wie er es uns vor nun bald 30 Jahren mit "Hänsel und Gretel" schenkte. Auf derselben Linie bewegt sich die große Märchenoper "Die Königin der Nymphen", deren mit enormen Kosten gearbeitete Partitur ein wahres Klangwunder ist. Was sonst noch von ihm bekannt geworden ist, wie die komische Oper "Heirat wider Willen" oder die "Marktenderin", dürfte leichter vergehen werden. Erinnert sei aber noch an seine Schauspielmusik zu Shakespeares Stücken und zu Vollmöllers "Mirafel".

Vor langer Zeit erst war Engelbert Humperdinck, der am 1. September 1854 in Siegburg am Rhein geboren ist, 87 Jahre alt geworden. Er studierte in Köln und München, ging als Mendelssohnstipendiat nach Italien und war einige Jahre Lehrer am Conservatorium in Barcelona und am Hochschen Conservatorium in Frankfurt a. M. 1898 wurde er königlich preußischer Professor und ging 1900 nach Berlin als Vorsteher einer akademischen Meisterschule und als Mitglied des Senats der Akademie der Künste.

Ein Revolutionär der Musik war er nicht, aber ein liebenswerten Meister, der aus der Seele des Volkes heraus seine anmutigen Weisen sang.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Vom evangelischen Verband für die weibliche Jugend.

Eine bedeutsame Tagung war die Jugendwoche, die der Evangelische Verband für die weibliche Jugend Deutschlands vom 10. bis 17. September in Marburg veranstaltete. Die steilen, malerischen Straßen der schönen alten Stadt waren tagelang erfüllt von dem Leben, das die vielen jungen Mädchen mitbrachten. Eingeleitet wurde die 28. Jahrestagung des Verbandes durch einen Vertretertag der "Jugendkreise" (Organ "Jugendweg") am 10. September im Rittersaal des Schlosses, bei dem das lebendige Vorwärtsdrängen und die klare Zielbewußtheit der jungen Bewegung gutzogt, und durch einen Jugendsonntag.

Tausende von jungen Mädchen strömten vom Bahnhof zur Stadt, viele in den schönen bunten Hessenstrachten. Sie nahmen teil an den um 8 und um 10 Uhr stattfindenden Jugendgottesdiensten. In der Welt, doch nicht von der Welt rief ihnen Bundesdirektor P. Thiele-Dahlem zu; Tausende sammelten sich auf dem alten schönen Marktplatz um 11½ Uhr zu eindringlicher Kundgebung: Durch schwere Wege der Not geht unsere Jugend, aber hohe Ziele leuchten ihr. Streiter Christi dürfen wir sein. Die Königsherrschaft Jesu ist unser Ziel. Wie ein Gelöbnis erklang von den Posauern begleitet, der Gesang.

Singend, blumengeschmückt bewegte sich um 1½ Uhr der Festzug der 4000 Teilnehmerinnen durch die alte Stadt zum Feierplatz, ein buntes, sonniges Bild bot sich dort. "Wahre Freude" war das Leitwort, das in Wort und Lied und Reigen widerhallte. Den Schluss und Höhepunkt dieser Feier bildete das Festspiel von der heiligen Elisabeth, von jungen Mitgliedern dargestellt. Hoch schauten Schloß und Kirche herin, und unterm Sternenhimmel ging bei Fackelbeleuchtung Elisabeths Leben an den in tiefer Andacht lauschenden vorüber — nicht ein Schauspiel, sondern ein Gottesdienst.

Am Montag eröffneten Andachten in der Elisabeth- und Universitätskirche den ersten großen Vertretertag der Evangelischen Jungmädchenvereine. Rund 1500 Vertreterinnen und Führer waren zugegen. Der Tag gehörte ganz der Jugend, die sich über ihre Mitarbeit in den Vereinen ausprach unter dem Leitgedanken: "Wir wollen nach Arbeit fragen, wo welche ist." Der Dienstag brachte die sehr lebendige Mitgliederversammlung mit dem Leitspruch: "... und unsere Steine tragen aufs Dauerwerk."

Einen Einblick in die mannigfaltigen Arbeiten gab der Jahresbericht des rund 220 000 Mitglieder zählenden Verbandes. Schriftenvertrieb, Erholungshäuser (zurzeit 12), Leiterinnen- und Helferinnenkurse, Freizeiten, Mädchen-Bibelkreise, Jugendbaptistinnen, Landfrauenstage, Mitarbeit an sozialen Einrichtungen für die Jugend, Bahnhofsmission sind Teilgebiete der Arbeit. "Der Verband sind wir", hatte die Jugend erklärt, und sie nahm seine Sorgen auf sich — als von der Gedenkt, die trotz des hohenfreudig ausgefallenen Notopfers immer da ist, gesprochen wurde, drängte sie selbst zur Erhöhung der Beiträge und veranlaßte eine schnelle Sammlung, die eine bedeutende Summe ergab.

Der Mittwoch war im besonderen den Führern gewidmet, an ihnen rechneten auch wohl die vielen jugendlichen Vertreterinnen, die ihm noch beitworteten. Gut 1000 Teilnehmer versammelten sich wieder und folgten gespannt dem lebendigen und praktischen Vortrag von P. Th. Burchardt-Bethel: "Die geistige Not unseres Volkes und die Erziehung zur inneren Selbstständigkeit". In der inneren Kulturstofftheit des heutigen Menschen besteht seine geistige Not. Wehrhaft selbstständig macht nur Bedeutung des Gewissens und Stärkung des Willens. Nur ein vor Gott und dem Gemissen verantwortlicher Mensch, bei dem sich das „ich kann auch anders“ in ein „ich kann nicht anders“ verwandelt, ist fähig zu selbstständiger Zielsezung, zu selbstständigem Denken. Zu solcher Selbstständigkeit der Jugend zu führen — durch eiserne Forderung strenger Pflichterfüllung — ist unsere erste Aufgabe.

Dr. Elisabeth Niemeier behandelte in seinem durchdachten Ausführungen das Thema: "Vom geistigen Erwachen zum sittlichen Wollen". Dies Thema ist eine Forderung. Hat das geistige Erwachen des jungen Menschen eine starke Betonung des eigenen „Ich“ zur Folge, so ist sittliches Wollen eine Beugung des „Ich“ unter einem höheren Willen. Die Jugend steht vor der Entscheidung zwischen zügellosem Sich-ausleben oder gänzlicher Bindung an Gott. Dass die christlichen Führer die Bedeutung der Stunde erkennen, wird für das Sein oder Nichtsein evangelischer Jugendarbeit entscheidend sein. Nach lebhafter Aussprache schloß die Tagung. Am Abend sangen im Mondchein von der Rampe des Schlosses Hunderte von Mädchenstimmen zum Abschied Danziger hinunter in die schöne liebgewordene Stadt.

Ein Begegnung für Jugendführung, veranstaltet vom Evangelischen Verband für die weibliche Jugend Deutschlands in Verbindung mit dem Reichsverband Evangelischer Jungmännerbünde, schloß sich an die Tagung des erlangten Verbandes in Marburg vom 15. bis 17. September 1821 unmittelbar an und wurde am Donnerstag, dem 15. September, mit rund 450 Teilnehmern eröffnet. Über „männliche und weibliche Jugend in unseren Vereinen“ sprachen am Morgen P. Th. Hesse ("Wir müssen die große Jugend erkennen und zu hohen sittlichen Gedanken über das Verhältnis der Geschlechter, zu frischen Kameradschaftlichkeit ohne Vermengung im Vereinsleben") und P. Balde ("Was können wir von der idealistischen Jugendbewegung als Anregung übernehmen, was müssen wir an ihr scharf ablehnen?"). Am Nachmittag brachte Eva Maria Tranz Anregungen für die Umgestaltung unserer Feiern (innerer Einheit, eigenes Schaffen der Jugend). Der Freitag brachte ein bedeutsames Referat von Reichsvert. Vic. Stange-Leipzig: "Von der Religiosität zum Evangelium" (ein tiefer Grund trennt beide, nur durch den Zusammenbruch egzentrifischer Religiosität kommt der Mensch zur Hingabe an Christus). — Und am Nachmittag eine Reihe von Vorträgen, die im besonderen für die Arbeit auf dem Lande gute Anregungen gaben. (P. Schreiner, Frau Ufer, P. Th. Burchardt). Ein Referat von P. Weinhämer behandelte die viel erwartete Frage der Jugendgottesdienste (nicht künstlich gemacht, nicht herausgerissen aus dem Gemeindeleben, sondern innerhalb einer Jugendgemeinde sollen solche Gottesdienste veranstaltet werden). Aller Vorträgen schloß sich lebhafte Aussprache an. So brachte erst der Sonnabend vormittag das Referat von P. Thiele-Dahlem: "Die Bibelarbeit mit unserer Jugend" („aus der Bibelnot heraus helfen wir nur durch gemeinsames Suchen mit der Jugend in der Bibel, als am Lebensbuch einer Welt, in der Gott Wirklichkeit ist, bei Bekreitung vom ängstlichen Klammern an den Buchstaben“). Damit schloß am 17. September der reiche und anregende Lehrgang.

Aus dem Berliner Lettehaus.

Für diejenigen jungen Mädchen, die über Handgeschicklichkeit verfügen und Freude an Nadelarbeiten haben, macht der Lette-Verein, Berlin W., Victoria-Ufer-Platz 6, auf einzelne Weiterlehrungen seiner „Gewerbeschule“ aufmerksam, die für die nächststehend erwähnten Berufskurse im Oktober noch neue Schülerinnen aufnehmen.

Es soll zunächst das Gewerbelehrerinnenseminar für Nadelarbeiten genannt werden, welches die jungen Mädchen für die staatliche Prüfung der Gewerbelehrerinnen vorbereitet und deren fachwissenschaftlicher Ausbildungsteil sich nach freier Wahl auf zwei Fächer, wie einfache und feine Handarbeiten, Näh- und Fertigung, Schneiderin und Puba erstreckt, wobei ein Fach als Haupt-, das andere als Nebenfach gilt. Nach jahrelanger Pause wird im Oktober auch das Gewerbelehrerinnenseminar für Kunstarbeit wieder eröffnet, und hier genügt es eine Ausbildungsfach. Für die Wahl zum Berufe der Gewerbelehrerin soll jedoch nicht nur einseitige technische Begabung,

sondern gleichzeitig Lust und Liebe zur Lehrerinnentätigkeit Vorausezung sein.

Für begabte junge Mädchen, die einen freien Beruf vorziehen, sei auf den „Kunstgewerblichen Berufskursus“ sowie die „Modeklasse“ aufmerksam gemacht. Für diese beiden Ausbildungen, die neben den technischen und künstlerischen Fachstunden auch Unterricht in einzelnen zur Durchführung des Berufes wichtigen kaufmännischen Fächern vermitteln, ist gute Handgeschicklichkeit und zeichnerisches Können unbedingt erforderlich. Diese Berufe geben der Frau die Möglichkeit, ihre eigensten Gaben, Geschmac, Phantasie, Schönheitssinn, Sparfamkeit im Materialverbrauch zu entwickeln und zu betätigen. Das Kunstgewerbe ist heute von umfassender Weite und bietet ausgesprochen befähigten Schülerinnen mit guter gründlicher Fachschulung ein dankbares Betätigungsfeld.

Bei den erwähnten Berufen, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem umfangreichen Lehrprogramm des Lette-Vereins darstellen, sei noch besonders hingewiesen, daß es sich hier um eine Berufskarte auf Frauenebene handelt, in denen der Konkurrenzkampf mit dem Manne fortfällt.

Frauenchulen auf dem Lande.

Der Reisensteiner Verband für wirtschaftliche Frauenchulen auf dem Lande teilt mit, daß zum Herbst voraussichtlich noch eine Anzahl Probelehrerinnen gebraucht werden wird. Seminaristinnen, die sich noch nicht zu einer bestimmten Tätigkeit entschlossen haben, seien darauf hingewiesen.

In der schlesischen Frauenchule Gnadenfrei beginnt Oktober d. J. ein Maidenlehrgang, der auch den Beginn der Berufsausbildung einer landwirtschaftlichen Lehrerin oder ländlichen Hausbeamten bilden kann.

Einige freie Plätze hat auch noch Chattenbühl und Wöltingerode. In der ländlichen Frauenchule Beinrode bei Leinefelde werden zum Oktober noch junge Mädchen mit längerer praktischer Tätigkeit ausnahmsweise für halbjährige Vorbereitung auf die Prüfung als ländliche Hausbeamten aufgenommen.

Die Erziehung der Hand.

Das kunstvolle Werkzeug, das wohl je erschaffen worden, die Hand des Menschen, wird von dem also durch die Natur Beschenken meist nicht mit der Achtsamkeit und Pflege behandelt, die dieses kostbare Gut verdient. Darauf weist Gertrud Triepel in einem Aufsatz von „Reclams Universum“ hin, indem sie sich mit der Hand und ihrer Erziehung beschäftigt. Um dieses unerlässliche Instrument vor allen schädlichen Einflüssen zu bewahren und seine Leistungsfähigkeit stets auf gleicher Höhe zu erhalten, müßte man mit der Erziehung der Hand schon beim Kind beginnen. Kinder, die die törichte Meinung haben, ihre Gliedmaßen zu mißhandeln, unterwerfen ihre Hände allerlei Spieldiensten, die von den Erwachsenen meist nicht beachtet werden. Man dulde daher nicht, daß die Kinder mit den Gelenken knicken, an den Daumen saugen, Nägel knabbern, die Finger mutwillig ausziehen und pressen oder zu schweren Gegenstände heben. Dadurch werden die Hände groß, breit, eckig und zu feinerer Handlung ungeschickt. Auch die Fingerhaltung beim Schreiben und Klavier spielen muß sorgfältig überwacht werden. Überhaupt erfordert die Form der kindlichen Hand eine genauere Betrachtung durch die Erzieher. Die Knöchel oder plumpen Fingerspitzen lassen sich durch leichte Massage und allabendliches sanftes Drücken bessern. Bei einer wohlgebildeten Hand müssen die Finger schlank und lang sein, sich nach der Spitze zu gleichmäßig verjüngen; die Gelenke sollen nicht knollig hervortreten, die Nagelglieder weder dick noch platt gedrückt sein. Der Rücken der Hand muß eine feine zarte Fettpolsterung aufweisen. Sodann soll die Hand zum übrigen Körper im richtigen Verhältnis stehen. Eine kleine Hand ist nicht unbedingt schön, sondern muß am Arm eines großen Menschen als Mikrobildung wirken. Die durchschnittliche Länge der Hand beträgt in der Normalform bei Männern etwa ein Keuntel der Körperlänge, bei Frauen etwas weniger. Die Länge und Gestalt der Nägel rügt sich nach Länge und Form des Körpers.

Die Nägel dürfen die Fingerspitze nur etwa 1½ Millimeter übertragen. Zu kurz geschnittene oder gar abgedissene Nägel sind ebenso unschön wie übermäßig lange; sie sind beide unpraktisch, weil sie beim Arbeiten und Autofahren hindern. Ein gepflegter Nagel zeigt die saute Vogenform der Fingerspitze. Die Erziehung der Hand muß schon in früher Jugend beginnen. Von klein auf zeige man den Kindern, wie sie ihr Löffelchen geschickt zu halten haben, ihr Löffelchen richtig anfassen, den Ball am besten werfen oder Gegenstände heben. Durch allerlei Handfertigkeiten macht man die kleinen Finger geschickt und gekonnt und gewöhne die Kinder an die Beherrschung ihrer Hände, die für das Leben so unendlich wertvoll ist. Menschen, die nicht wissen, was sie mit ihren Händen anfangen sollen, wirken lächerlich, während eine gute Haltung der Hand einen Menschen von guter Erziehung und Bildung bezeichnen.

Was die Japanerinnen erbitten.

Ganz eigenartig wohlthuend, fast wie ein Gruß Großmutterhagens aus der "guten alten Zeit", mutet uns die Bitte moderner, jünger Japanerinnen an, die bei einer öffentlichen Ausstellung der Arbeiten einer Industrieschule in Tokio in Form eines großen gedruckten Plakates zum Ausdruck kam. Eigentlich sind es acht gesonderte Bitten, die von den japanischen jungen Mädchen an ihre zukünftigen Ehemänner gerichtet sind.

1. Bitte, sei so gut und stehe des Morgens ebenso früh auf wie ich.

2. Bitte, sage mir, wohin Du gehst, wenn Du unser Heim verläßt.

3. Bitte, sage mir immer rechtzeitig, wenn Du ausgehen mußt und wann Du zurück sein kannst.

4. Bitte, tadel mich nicht in Gegenwart unserer Kinder, Freunde oder Dienstboten.

5. Bitte, gewähre auch mir gewisse Rechte und erfülle mir einige Bitten.

6. Bitte, gib mir eine bestimmte Summe als Wirtschaftsgeld und für meine persönlichen Auslagen.

7. Bitte, sprich und tu nichts in Gegenwart der Kinder, was ihnen ein schlechtes Beispiel und Vorbild sein könnte.

8. Bitte, erlaube auch mir gewisse Stunden zu meiner Erholung, zur Lektüre oder Weiterbildung.

Für Pauline Metternich †.

Die populärste Frau der "Kaiserstadt" Wien ist gestorben. Bei dem Gedanken an sie und ihr Leben ist es, als wenn noch einmal der Glanz Kaiserlicher Feiern vor unseren Augen erscheine. Die junge Gräfin aus mährisch-ungarischem Geschlecht hatte sich zwanzigjährig, 1856 mit dem Fürsten Richard von Metternich, dem Sohn des berühmten österreichischen Staatskanzlers aus zweiter Ehe, vermählt. Es wurde drei Jahre später zum Botschafter in Paris ernannt, und dort, am Hofe Napoleons III., entfaltete die junge Fürstin — äußerlich keineswegs eine Schönheit, aber von faszinierendem Temperament und ungewöhnlich lebendiger Geistigkeit — bald gesellschaftliche Fähigkeiten, die ihr Haus zu einem Mittelpunkt des aristokratischen und künstlerisch-geistigen Pariser Lebens zu den berühmtesten der französischen Hauptstadt machten. Sie war es, die im Jahre 1861 den Kaiser Napoleon dazu bewog,

seine Zustimmung zur Aufführung des "Tannhäuser" von Richard Wagner zu geben. Aus ihrer eigenen wie aus anderen Schilderungen ist bekannt, mit welchen Schwierigkeiten Wagner dann doch noch zu kämpfen hatte, bis die Aufführung endlich zugestand kam, und wie sie schließlich dank der Verständnislosigkeit des Publikums mit einer Niederlage endigte, die Wagner veranlaßte, das Werk nach der dritten Vorstellung zurückzuziehen.

Nach dem Sturz Napoleons, im Jahre 1870, zog sich ihr Gatte vom politischen Leben zurück; er starb im Jahre 1895. Sie selbst hat bis ins hohe Alter in ungebrochener Geistesfrische ihren Erinnerungen nachgelebt und vieles davon den nachlebenden Geschlechtern erzählt. Nun ist sie, nachdem sie fast drei Menschenalter sah, in einer völlig veränderten Zeit gestorben. Von ihren beiden Töchtern vermählte sich Prinzessin Sophie 1878 mit dem Fürsten Albrecht zu Dettingen-Dettingen; sie starb bereits 1890 in München. Ihre jüngere, 1870 geborene Tochter Clementine lebt in Wien.

Gedenktage im Oktober.

Eleonora Dušé, geb. 3. Oktober 1859 in Vigerano. Starliens berühmteste Tragödin.

Rosalba Carrera, geb. 3. Oktober 1875 in Venezia. Berühmte Malerin.

Therese Krone (Raimunds Jugend), geb. 7. Oktober 1801 in Preudenthal, gest. 28. Dezember 1880 in Wien. Ausgezeichnete Schauspielerin.

Kaiserin Auguste Viktoria, geb. Prinzessin von Glücksburg-Sonderburg-Augustenburg. Gemahlin Kaiser Wilhelms II., geb. 22. Oktober 1858 in Dörsig, gest. 11. Mai 1921 in Doorn.

Rosa Bonheur, geb. 22. Oktober 1822 in Bordeaux, gest. 26. Mai 1899. Berühmte französische Tiermalerin.

Malwida von Meysenburg, geb. 28. Oktober 1816, gest. 26. April 1903. Bekannt durch ihr Buch: Memoiren einer Dechantin.

Angelika Kauffmann, geb. 30. Oktober 1741 in Thun, gest. 5. November 1807 in Rom. Ausgezeichnete Malerin.

Umschau.

Die Frau im Gemeinderat. Im Jenauer Gemeinderat sitzen sieben Frauen. Aber eine nach der andern scheint sich dabei überanstrengt zu haben, wenigstens haben schon fünf ihr Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt und nur zwei, eine Demokratin und eine Sozialdemokratin, walten noch tapfer ihres Amtes.

Die „Wanderköchin“. Die Wanderköchin ist eine Erziehung, die sich in England immer mehr herausbildet und dort großen Erfolg hat. Von diesem eigentlichsten Beruf plaudert Elizabeth Steurart in der "Daily News". Es gibt zwar auch bei uns wandernde Köchinnen, die allmonatlich den Schauplatz ihres Wirtshauses wechseln, aber sie tun dies unfreiwillig und auf dringendes Verlangen der Herrschaften, während die gute Köchin bei uns sehr selbig ist. Die englische Wanderköchin aber übt ihren Beruf im Freien aus. Ihre Aufgabe ist, Haushälften, die in besserer Zeiten den Besuch einer Kochschule versäumt haben, nun die notwendigen Kenntnisse beizubringen, und diese Kochstunden zu Hause sind sehr praktischer, als wenn man erst dazu in ein Institut gehen soll. Die Kochlehrerin bringt der Dame alles auf ihrem eigenen Herd bei, weiß sie in die Moden und Tendenzen ihres Orients ein und kann ihr an Ort und Stelle viel wichtige Aufschlüsse geben, als es auf einem fremden Boden möglich wäre. So ist die Wanderköchin bald hier eine Woche und bald da. Jetzt bildet sie eine junge Hausfrau zur perfekten Köchin aus, dann wieder dient sie als eigentliche Kochfrau", indem sie bei besonderen Gelegenheiten ein köstliches Menü anrichtet. In England müssen immer mehr Frauen ohne Köchinnen auskommen, und da es außerordentlich teuer ist, seine Gäste in ein Hotel zu laden, so hilft man sich, indem man für Gesellschaften eine solche Wanderköchin anstellt. So verbindet diese „fahrende Küchenfee“ den eigentlichen Kochberuf mit der Tätigkeit der Kochlehrerin, und immer mehr Frauen erlangen auf diese Weise eine einträgliche, wenn auch freilich ziemlich anstrengende Beschäftigung.

Selma Lagerlöf wurde, wie aus Schweden gemeldet wird, für die Wahl zur zweiten schwedischen Kammer als Kandidat der freien Partei aufgestellt. Es steht nicht fest, ob die Kandidatur annehmen wird.

Gesundheitspflege.

Wann ernähren wir uns richtig? Viele glauben, daß die Folgen der entbehrungsreichen Zeit der Kriegsjahre dadurch zu beseitigen sind, daß sie, soweit es ihre Mittel gestatten, ihrem Körper möglichst viel Nahrung zu föhlen. Wenn sich nun statt der Erholung der Gesundheit eine Verschlechterung derselben einstellt, so ist das vielen zumeist unerklärlich. Nichts aber ist von größerer Nachteil für den Körper als das sogenannte „Guteleben“. Denn die übergrößen Aufzehr von Nahrungsmitteln trägt zur Entstehung abnormer Stoffwechselprodukte und „Verschlundung“ des Organismus bei. Auch die regelmäßige genossenen Reismittel sind von nachteiliger Wirkung, da sie die Schleimhäute des Magens und des Darms zu sehr anregen und mit der Zeitkatarrhe hervorrufen. Die übermäßige Nahrungsaufzehr trägt ferner zur Veränderung des Blutes und seiner Verkalkung bei. Dazu kommt, daß durch die Kreislauftörung des Blutes erhöhte Arbeit des Herzens notwendig wird und dadurch Herzkrankungen sich einstellen können. Am gefährlichsten ist für den Körper eine möglichst einfache, dabei kräftige Kost, wenn eine entsprechende Muskelübung und körperliche Arbeit dabei Hand in Hand geht.

Aufzehrung und Reinigung im Schlafzimmer erzielt man durch Aufstellen eines Schüssel heißen Wassers, dem man gezeitigte Tropfen befügt. Auf 1 Liter Wasser rechnet man 2 Eßlöffel voll. Durch das langsame Verdampfen des Wassers teilt sich der Aufzehr ein würziger, tannenähnlicher Duft mit.

Ein erprobtes Kräftigungsmittel für die Augen. Weiches, altes Leinen oder Watte, gut mit reinem Spiritus getränkt, aber nicht tropisch, wird den geschlossenen Augen im Liegen aufgelegt und zum Schutz gegen allzu rasches Verdunsten mit einem Taschentuch bedekt. Vor dem Mittagschlafchen aufgelegt, wird man sich beim Erwachen außerordentlich gebräzt fühlen.

Praktisches.

Der gefährliche Staub. Das Abstauben der Haushfrau ist mehr als eine Reinlichkeitsgewohnheit. Staub ist, so harmlos er scheint, in Verbindung mit Zugluft ein Krankheitserreger, da Staub meist Bakterienträger ist. Während Polarforscher bei schneidendem Zugluft in den feinfreien Nordluft weder „Erholung“ noch „Schnupfen“ kriegen, hölen wir uns in Zugluft schnell die Grippe.